

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 7,00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtspaltige Zeile oder deren Raum 200 Hg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 170 Hg., Reklamen 800 Hg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 266.

Sonntag, den 12. November 1921.

28. Jahrgang.

Erinnert Euch!

Dr. L. Lübeck, 12. November.

Proletariat!

Nicht mehr viel bleibt uns heute zu sagen übrig. Nur das eine Wort rufen wir Euch immer wieder zu, das in der großen Versammlung von gestern Abend im Mittelpunkt der Stimmung der Massen stand: **Erinnert Euch!**

Erinnert Euch der Zeit, da man dem Volk von Jahr zu Jahr das Wahlrecht verschlechterte; da man den Arbeiter zu nichts anderem gebrauchte, denn als Zochtier des Profits und als mit allen Mitteln zu dressierendes Kanonenfutter.

Erinnert Euch der unerhörten Leiden, die man gerade Euch in dem langen verbrecherischen Kriege aufstufte; denkt an den Schützengraben, an den Hunger.

Frauen!

Denkt an die hohlen Augen Eurer Kinder im Stecktühenwinter. Denkt an die Zeit, wo Ihr nachts vor Hunger nicht schlafen konntet, wo Ihr elend und sorgenzerdrückt des Morgens aufstundet. Denkt an Eure gesunkenen Söhne und Männer!

Arbeiter, Beamte, Angestellte!

Erinnert Euch an alles das, und denkt gleichzeitig an das Wohlleben, was neben Eurer Not einzelne als

Profitmacher und Kriegsgewinnler

führten. Wie wart Ihr damals empört! Wie oft habt Ihr damals geschworen, einst mit Euren Feinrigern und Ausaugern abzurechnen.

Morgen ist der Tag für diese Abrechnung gekommen. **Erinnert Euch!**

Die gleichen Leute, die Ihr im Kriege verflucht und verachtet habt, kommen jetzt und bitten Euch, Ihr sollt alles das vergessen, was sie Euch und dem ganzen Volke angetan haben. Die gleichen Leute, vor denen Ihr ausspudtet, wenn sie in der Stille gesniegelt und gebügelt umherstolzten, die als Heimkrieger die Kasernenhöfe unsicher machten, die die Schieberlokale bevölkerten und auf Kosten des Staates und des Volkes in Saus und Braus lebten; heute stehen sie heuchlerisch und bittend vor dem Volke, hühnend um die Stimmen aller derer, die ein kurzes Gedächtnis haben.

Gebt ihnen morgen die Antwort,

die Ihr im Kriege Euch so oft ausgedacht habt, und die ihnen gebührt.

Noch etwas:

Denkt an den Wucher,

den Kapitalist und Agrarier jetzt wieder begonnen haben — wie im Kriege. Wieder machen die gleichen Herren unendliche Gewinne auf Kosten des Volkes und des Staates; und wieder stehen Zeiten des Hungers und der Not Euch und Euren Kindern bevor.

Ein christliches Gewerkschaftsblatt brachte vor einigen Wochen gegen die

Wucherer der freien Wirtschaft

einigen scharfen Aufruf, worin es für alle Volksausbeuter das Zuchthaus und den Galgen verlangte.

Arbeiter! Das wird die einzige Möglichkeit sein, Euch und Eure Kinder vor dem äußersten Elend, vor dem Letzten zu schützen. Nur Taten können uns retten! Morgen habt Ihr Gelegenheit, den ersten Balken zu einem gewaltigen Galgen für das Schieber- und Wuchertum in die Lübedische Erde zu rammen.

Morgen habt Ihr Gelegenheit, den Volksausbeutern ein feuriges Menetekel an die alten Mauern Lübeds zu zeichnen, das allen Wucherern und Schiebern für alle Zeiten in der Seele brennen wird.

Wir wiederholen hier die Worte, die in der gestrigen Versammlung gesprochen wurden: Wer heute noch nicht weiß, wo er hingehört, der wird für alle Ewigkeit eine armenliche Kreatur des kapitalistischen Wuchers bleiben.

Mit einem Wort wollen wir uns noch an alle jene wenden, die ebenso unter der Leuerung leiden wie die Arbeiter, und ein ebenso kärgliches Brot essen; die aber im politischen Aufmarsch noch immer nicht den Platz gefunden haben, wo sie hingehören.

Kann es einen ehrenwerteren Beinamen geben als den eines Proletariats? Sagen zu können, ich lebe nur von dem, was mein Kopf oder meine Hände für die Allgemeinheit leisten?

Wer aus falschem Stolz und eifriger Verschämtheit immer noch glaubt, etwas Besseres als ein Arbeiter zu sein, der begeht eine Sünde an all seinen Leidensgenossen; der betrügt seine Kinder um die Frucht seiner und ihrer Lebensarbeit. **Der hilft dem Wucher, der unterstützt das volksausbeutende Kapital!**

Wir wissen, in welcher niederträchtigen Weise der gehässige Raddelmuddel der Behnzwitzer in diesen Tagen gegen alles Sozialdemokratische und vor allem gegen einen der jüngeren Arbeiterführer heht.

Die Arbeiter selbst haben ein richtiges und untrügliches Gefühl dafür, daß es immer ihre besten Führer waren, die den größten Haß des reichen Bürgertums auf sich gezogen haben. Und sie freuen sich, wenn ihre Führer in erbitterter Kampfstellung stehen gegen das von Wucher und Ausbeutung lebende Kapital.

Die ändern mögen folgendes bedenken: die Aufrufe und die Flugblätter der Einheitsliste werfen Dr. Leber, um den es sich bei der Hege ja immer handelt, Unklarheit und Unkenntnis vor. Die Vertreter dieser Einheitsliste sind aber zu selbe und zu unehrlich, um sich irgendwo, auch in rein bürgerlichen Versammlungen, zu einer Aussprache zu stellen. Ihre einzige Versammlung (Marmorfaal) haben sie auf den Tag gelegt, an dem Dr. Leber im Gewerkschaftshaus reden sollte; und als er im Marmorfaal sich trotzdem zum Worte meldete, wurde er zurückgewiesen. Wie groß muß die Angst und das schlechte Gewissen der Behnjünger sein, wenn sie sogar ihre eigenen Getreuen vor der Wahrheit sozialdemokratischer Kritik glauben schützen zu müssen? Wenn die bürgerliche Hege noch einen Funken Vernunft übrig ließ, der überlege!

In der genannten Marmorfaalversammlung trat auch der Behn-Demokrat Echoldt auf, der aus Unfähigkeit an seinen Rathausausgängen die letzten Reste von Demokratie vor Wochen schon verleugnet hat; und er brannte mit seiner letzten republikanischen Ueberzeugung auf dem Altar des mandatspendenden Raddelmuddels ein lügnereisches Brandopfer ab. Mit den schlaueheuchlerischen Augen eines chinesischen Bonzen (ein Gelächter und eine schmerzliche Scham) stellte er sich auf und griff, um die blasse Schande umfallenden Verrats zu übermalen, den „Lübecker Volksboten“ an. Und er zitierte aus dem Gedächtnis eine Stelle, mit der er allen anwesenden Spießern die Rinderangst vor dem roten Knecht Rupprecht beibrachte. Echoldt ist ja ein „sogenannter“ Demokrat; und wer so oft seine Gesinnung wechselt, wie ein „sogenannter“ Demokrat, kann in seinem Gedächtnis keine allzu große Ordnung haben. Deswegen sei ihm das lügnereische Zitat verziehen. Wir stellen hier nur fest, daß ein anständiger Politiker entweder richtig zitiert, oder gar nicht. Vielleicht erinnert sich Herr Echoldt nachträglich an den letzten Schein demokratischer Ehre und bringt eine Berichtigung und zwar überall da, wo sein Lügengitart heute wiederholt wurde.

Wir haben diesem einen Punkt eigentlich mehr Beachtung geschenkt, als er und die ganze Lübecker Demokratie verdienen. Wir taten das deshalb, um die

infernalischen Hege

zu entlarven, die in dummbürgerlichen Kreisen mit solchen Falschzitate getrieben wird.

Eines steht fest: der gestrige Abend hat die Wahlschlacht vom Sonntag schon entschieden. Der gewaltige und mutig-solche Aufmarsch der Arbeitenden und Notleidenden auf der einen Seite, das feig-ängstliche Versteckspielen der Profitler und Wohlhabenden auf der andern haben wie Riesensackeln beleuchtet

wo das Recht steht

und wo

der Sieg sich hinneigen muß.

Arbeiter! Beamte! Angestellte!

Der Wahlkampf geht zu Ende. Die Masse hat gesprochen; jetzt hat jeder Einzelne das Wort.

Nieder mit der Liste Behn!

Wenn jeder seine Pflicht tut; wenn jede Frau, jeder Unterdrückte, jeder Notleidende Seite an Seite mit der Arbeiterschaft kämpft gegen die Unterdrückung und den Wucher; dann werden wir uns eine

bessere Zukunft

erringen. Dann wird mit einer ungeheuren Uebermacht die

Liste 1 (Gustav Ehlers)

am Sonntag alle anderen Listen schlagen.

Es lebe das arbeitende Volk!

Doch die Sozialdemokratie!

Deutscher Reichstag.

144. Sitzung.

Berlin, 11. November.

Das Gesetz über Notstandsarbeiten zur Unterstützung von Invalidenrentenempfängern wird ohne Aussprache dem sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Es folgt die zweite Lesung der dritten Ergänzung zum **Wohlfahrtsgesetz.**

Frau Zieg (USP.) begründet eine Reihe von Abänderungsanträgen.

Ein Regierungsvertreter: Die Abg. Frau Zieg hat sich beschwert, daß Wartegeldempfänger trotz hohen Wartegeldes es abgelehnt haben, eine Tätigkeit im Reichsdienst wieder zu übernehmen. Das ist Totsache. Um dem abzuhelfen, hat die Reichsregierung schon seit einiger Zeit einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt, durch den die Wartegeldempfänger bei Verlust ihres Wartegeldes gezwungen werden sollen, eine ihren Fähigkeiten entsprechende Tätigkeit im Reichsdienst wieder zu übernehmen. Der Entwurf wird demnächst dem Reichstag vorgelegt.

Frau Zieg (USP.): Dann beantrage ich erst recht Zurückstellung der Beförderung, damit sie mit dem soeben angeführten Gesetz gemeinsam erledigt werden kann.

Darauf wird die Regierungsvorlage unter Ablehnung der Abänderungsanträge gegen die Stimmen der USP. und der Kommunisten angenommen. Annahme findet auch die gemeinsame Entschließung aller Parteien mit Ausnahme der USP. und der Kommunisten, die eine baldige Nachprüfung der Bezüge der mittleren und unteren Beamten sowie der noch vorhandenen Spannung zwischen den einzelnen Ortsklassen fordert.

Das Haus tritt sofort in die dritte Lesung ein.

Frau Zieg (USP.): Eine Anzahl von Angestellten der Reichsverwaltung haben die erhöhten Bezüge noch nicht erhalten, die sie seit dem 1. April 1920 zu fordern hätten. Erhaltene Teuerungszuschüsse sollen sie sogar zurückzahlen! Die Beamtenchaft spricht ernsthaft vom Streik.

In der Schlussabstimmung wird darauf das Gesetz gegen die Stimmen der USP. und der Kommunisten angenommen.

Aufhebung der Zwanagswirtschaft, Getreideverfeinerung, Wucher.

Eine deutschnationale Interpellation fordert die Aufhebung der Zwanagswirtschaft für sämtliche landwirtschaftliche Produkte und zeitliche Maßnahmen zur Sicherung der Einfuhr der durch die inländische Ernte voraussichtlich nicht zu deckenden Not an Brotgetreide. Eine andere Interpellation Herat (DVP.) und Genossen wendet sich gegen die Getreideverfeinerung nach dem Ausland.

Hemmeter (DVP.) begründet beide Interpellationen. Die Landwirtschaft ist sich ihrer Pflicht zur Ernährung der Bevölkerung voll bewusst. Die beiden Anträge der USP. und der SD. betreffs Erhöhung der täglichen Mehlration und betreffs Regelung des Verkehrs mit Getreide bedeutet nichts anderes, als ein Verbot zur Wiedereinführung der Getreidemonopolwirtschaft. Darin werden Sie (nach links) den energischsten Widerstand der Landwirte finden, die sich nicht länger vergewaltigt lassen wollen. (Ruf bei den R.: Da werden Sie noch etwas ganz anderes erleben!)

Krämer (SD.) begründet eine

Interpellation gegen die Preissteigerungen und den Wucher mit deutschen Waren.

Nicht nur eine Welle, sondern eine Hochflut des Wuchers bricht über das deutsche Volk herein. Es ist charakteristisch, daß der Ruf nach Regierungshilfe jetzt selbst von denen erfolgt, die bisher selbst alle Dämme forttriften. Es ist eine maßlose Heuchelei, wenn die Reichsparteien in ihrer Aussprache den Schutz des Reallohnes fordern; denn sie haben selbst die Lohn- und Gehaltsempfänger durch die Freigabe der Wirtschaft in diese Lage gebracht. Jetzt zeigt es sich, welche ein Fehlschlag es war, die Reichstagswahl zu machen unter der Parole: Für die freie Wirtschaft, die zum Preissturz beitragen wird. Das Volk kennt jetzt die Seemannen der freien Wirtschaft. Die Gestehungskosten für Kartoffeln betragen im ärmlichsten Falle 35 bis 40 Mark. Der Großhandelspreis betrug aber im Oktober 73 bis 75 Mark. Daraus ist die organisierte Zurückhaltung des Angebots schuld. Die Regierung muß Klarheit darüber schaffen, wie die Preissteigerungen von Kartoffeln ins Ausland möglich waren. Der Gipfel der Unmoral ist die Ausnutzung der Getreideverfeinerungen in Bayern zu politischen Zwecken. Nicht norddeutsche Juden, sondern die Christen des Dr. Heim haben nachgewiesenermaßen in Bayern das Getreide aufgekauft. (Sürt, hört! links.)

Die freie Wirtschaft hat Bankrott gemacht!

(Unruhe und Widerspruch rechts.) Sie (nach rechts) meinen nicht? Dann waren also die Preissteigerungen Ihr Ziel bei der Aufhebung der Zwanagswirtschaft? Die Regierung muß dafür sorgen, daß das Umlagegetreide bis zum 31. Dezember angefordert wird. Arbeiter und Angestellte können die heutigen Preise nicht zahlen; denn die Löhne sind nur um das Biergeldfache, die Lebensmittel aber um das Vierfache gestiegen. Das heißt mühen die Sozialrentner und Kriegsinvaliden verbrennen! Von einer Notlage der Landwirtschaft kann nicht die Rede sein. Die Landwirte können sich jeden Luxus gestatten, wie der „Lanzett“ Ende vorigen Jahres schrieb. Dagegen sind im Lande 50 % aller Schulkinder stark unterernährt. (Hört hört!) Der Konsum an Nahrungsmitteln ist nach amtlichen Angaben stark zurückgegangen. Unsere Arbeitskraft wird auf das schwerste geschädigt und dabei will man noch den Schiffsbrenten abbauen und das Licht an beiden Enden angünden. Auch auf dem Gebiet der Volkswirtschaften treiben wir der Katastrophe entgegen. Man verlangt heute 100 bis 150 % ab Arbeit mehr als

vor zwei Monaten. Die einzigen wirklichen Abwehrmaßnahmen, die Verjüngung der Arbeiterschaft mit Kleidungsstücken durch die Warenverteilungsstellen der Gewerkschaften, ist jetzt auch gestoppt, weil die Regierung den Gewerkschaften den Kredit von 25 Millionen Mark gekündigt hat. Diese Kündigung muß unbedingt zurückgenommen werden. Wir fordern eine paritätische Zusammenlegung der Lohnhandlungsstellen und stärkere Rücksichtnahme bei der Erteilung der Ausfuhrerlaubnisse auf den Bedarf der Verbraucher. Auf die Dauer wird der Wucherpreispolitik der Boden zu entziehen sein und nur durch die Mittel, die in unserem Gürtlicher Programm angegeben sind. Aber schon jetzt muß die Regierung zu schleunigen Maßnahmen schreiten, wenn sie die Katastrophe vermeiden will.

Frau Wurm (UEP.): Seitdem Herr Hermes das deutsche Volk mit seiner Wirtlichkeit beklagt, ist der ohnehin schon schwere Weg des Volkes noch bösemer geworden. Ein Ausfuhrverbot und schwere Strafen für Zulieferungen müssen möglichst erlassen werden. Wie der Deutsche Gewerkschaftsbund, so verlange auch ich die Beschlagnahme aller noch nicht zum Verkauf gekommenen Kartoffeln. Beklagt die Regierung nicht diesen Weg, der möglichst schnell zu einer Lösung führt, so sagen wir ihr schärfsten Kampf an.

Reichsernährungsminister Dr. Hermes: Der eigentliche Grund für die Preissteigerung ist die Entwertung der deutschen Mark, die auf den Verlust des Krieges und die Maßnahmen des Feindes zurückgeht. (Zustimmung bei der Mehrheit!) Es ist ein Verstoß, anzunehmen, daß die Zwangswirtschaft noch heute aufrechterhalten werden kann. Die Zwangswirtschaft ist inzwischen für Mühl und Zucker aufgehoben. Sie besteht nur noch für einen Teil des Inlandgetreides. Der Wunsch der Deutschnationalen kann nicht erfüllt werden. Nach meiner persönlichen Auffassung ist lediglich die Umlage nur ein Übergang, aber die Regierung kann heute noch kein Urteil über die Verhältnisse des Jahres 1922 abgeben. Bis zum September sanken die Preise für Getreide. Von da ab trat infolge des Sinkens der Mark ein festes Steigen der Getreidepreise ein. Allerdings bleiben die Preise 600 bis 800 Mark für den Doppelzentner Roggen und Weizen noch weit hinter den Auslandspreisen zurück. Sie decken heute nicht die Produktionskosten. Verschickungen von Getreide ins Ausland haben keine Rolle gespielt. Auf gewöhnlichem Wege kann Getreide überhaupt nicht ins Ausland kommen. An keiner einzigen Stelle konnten Verschickungen von Getreide ins Ausland nachgewiesen werden. Ein Preis von 50 Mark für den Zentner Kartoffeln ist übrigens nicht als zu hoch zu bezeichnen. Im Laufe des Monats Oktober sind die Preise sprunghaft in die Höhe gegangen. Die Gründe liegen zum Teil in dem großen Bedarf der westlichen und südlichen Gegenden Deutschlands und in der Unmöglichkeit der Einfuhr holländischer Kartoffeln. Die Aufsteiger in den Uberschußgebieten überboten sich und trieben die Preise in die Höhe. Von einem Zurückhalten der Kartoffeln durch die Landwirtschaft kann keine Rede sein. Das Reichsernährungsministerium hat alles daran gesetzt, die Versorgung der Bedarfsgebiete aus den Uberschußgebieten zu sichern. Der direkte Verkehr zwischen Groß-Verbraucher-Organisationen und den landwirtschaftlichen Organisationen ist bereits erfolgreich aufgenommen worden und muß weiter ausgebaut werden. Ausführungsverboten einzelner Landesteile ist das Reichsernährungsministerium wegen ihrer Unausführbarkeit stets entgegengetreten. Ein Erlass von Höchst- und Richtpreisen würde jetzt nur Vermittlung erzaum. Der Antrag Ames, eine Umlage von 6 Millionen Tonnen Kartoffeln festzusetzen, ist unzulässig. Nach Deutsch-Österreich wurden nur 6000 Tonnen zur Ausfuhr freigegeben. Außerdem mußte das Reich 5200 Tonnen Saatkartoffeln auf Grund des Friedensvertrages nach Belgien und Frankreich liefern. Eine Ausfuhrerlaubnis nach England ist von keiner Behörde erteilt worden. Die Rheinlandüberwachungskommission in Koblenz hat sich die Regelung der Ausfuhrerlaubnis vorbehalten. Obwohl wir unsere Reservens nicht in der Hand haben, dürfen wir doch die Vorkaufnahme des besetzten Gebietes nicht einhalten, denn es ist in großen Umfangs Bedarfsgebiet. Die Regierung hat auch Maßnahmen in die Wege geleitet. Für die Rentenempfänger sind 250 Millionen Mark in dem Etat eingeplant worden und diese Summe wird noch überschritten werden. Die Besoldungsreform für die Beamten kostet das Reich 12 1/2 Milliarden. Auch sind Maßnahmen zur Verringerung der Wohnungsmiet im Gange. Die Regierung ist sich also ihrer Verantwortung bewußt, aber eine grundlegende Abhilfe ist nur möglich, wenn es uns gelingt, die Entwertung der Mark aufzuhalten. (Zustimmung bei der Mehrheit.)

Auf Antrag Müller (Franken (SD.)) wird die Besprechung der Interaktionen beschlossen.

Schlad (R.): Wir brauchen scharfe Wucher- und Kartellgesetze sowie Maßnahmen für Kartoffeln. Wir können aus unserer Ernährungssituation nur herauskommen, wenn uns die Reparationsleistungen auf bestimmte Zeit gestundet werden.

Darauf wird die Beratung abgebrochen.

Abgeordneter Arbeiter verliest eine Depesche des Zentralbetriebsrates und des Betriebsratsvorsitzenden der Deutschen Werke (Abteilung Spandau), in der es heißt: Wir stellen einstimmig, einschließlich der Kommunisten, fest, daß die Ausweisungen des Abg. Malachuk (Kom.) über die Umstellung der Deutschen Werke in keiner Weise den Tatsachen entsprechen. (Hört, hört!) An den Werken werden weder Kriegsmaschinen noch Munition anfertigt. Wir protestieren gegen die entstellende und die Arbeiterinteressen schädigende Darstellung.

Koenen (Vom.) erklärt, der Abg. Malachuk habe nicht behauptet, daß dort Waffen hergestellt werden, sondern nur, daß die Kontrollkommission dies feststellen haben sollte.

Des Oves verortet sich auf Donnerstag, 17. November, nachmittags 1 Uhr. — Schluß 8 1/2 Uhr.

Zum Beamtenbesoldungsgesetz.

Berlin, 10. November.

Zu der Ergänzung des Besoldungsgesetzes ließ die sozialdemokratische Reichstagsfraktion durch den Abgeordneten Lübbing folgende Erklärung abgeben:

Die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands stellt mit Genugtuung fest, daß ihrer Forderung nach einer grundsätzlichen Neuregelung der Beamtenbesoldung von der Reichsregierung Rechnung getragen worden ist. Sie erkennt gerne an, daß diese Neuregelung eine Staffelung der Teuerungszuschläge nach Ortsklassen und eine unterschiedliche Entlohnung der männlichen und weiblichen Diätäre nicht mehr aufweist. Leider ist aber der gleiche prozentuale Teuerungszuschlag wieder nicht beseitigt worden, sodaß zusammen mit der Neuerteilung des Ortszuschlages zuungunsten der unteren und mittleren Besoldungsgruppen, das Resultat die berechtigten Wünsche dieser Gruppen nicht befriedigt.

Wenn die beteiligten Spitzenorganisationen der Beamten dieser Regelung ihre Zustimmung schließlich gegeben haben, so geschieht es nur, weil die Reichsregierung in den Verhandlungen die Befreiung der gleichen prozentualen Teuerungszuschlages überhaupt abgelehnt hat. Die Spitzenorganisationen haben sich mit den für die unteren und mittleren Besoldungsgruppen daraus resultierenden Zugeständnissen abgefunden, um einen Bruch und die Entfremdung eines wirkungsvollen Kampfes zu vermeiden.

Die Fraktion kann deshalb die Aktion der Neuregelung der Beamtenbezüge nicht als abgeschlossen betrachten und ersucht die Reichsregierung, in erneute Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen einzutreten, um auch die billigen Wünsche der Beamten der unteren und mittleren Besoldungsgruppen zu befriedigen. Sie verlangt dabei, daß die Reichsregierung in diesen neuen Verhandlungen ein mehr entgegenkommendes Verhalten zeigt und daß der bisherige Modus des gleichen prozentualen Teuerungszuschlages endlich aufgegeben und eine gerechte und soziale Anpassung des Endergebnisses an das der höheren Besoldungsgruppen gefunden wird.

Ferner verlangt die Fraktion, daß das Gesetz über die Ortsklasseneinteilung schleunigt zum Abschluß gebracht und in eine Prüfung der Frage der Erziehung des Ortszuschlages durch ein Wohnungsgeld eingetretet wird. Und schließlich bringt die Fraktion darauf, daß der Gesetzentwurf über die Anrechnung des Arbeitseinkommens durch hohe Pensionen, der nach dem Pensionsergänzungsgesetz bis zum 1. Juli ds. Jahres dem Reichstag vorzulegen war, endlich eingebracht wird.

Du mußt morgen wählen!

in der Stadt von 9—6 Uhr,
Wahlzeit: im Landgebiet von 12—4 Uhr.

Jeder reichsdeutsche Einwohner ist wahlberechtigt, der seit dem 12. August in Lübeck wohnt und am Tage vor der Wahl 20 Jahre alt ist.

Wähler und Wählerinnen!

**Rafft Euch auf zur Tat,
Tretet ein für Freiheit und Fortschritt,
Für Demokratie und Sozialismus!**

Stimmt gegen Volksausbeuter
Wahlrechtsräuber.

Stimmt sozialdemokratisch!

Wählt die Liste Gustav Ehlers.

Die Fraktion gibt dem vorliegenden Gesetzentwurf ihre Zustimmung, weil nach dem Stand der technischen Vorbereitungen für die Auszahlung der Beträge an die Beamten alles bis ins Kleinste geordnet ist, und jede Veränderung der Vorlage eine erhebliche Verzögerung in ihrer Verabschiedung und der Auszahlung der Bezüge bedeuten würde, was bei der immer mehr sinkenden Kaufkraft der Mark zum Schaden der Beamten einschlagen muß. Dies glaubt die Fraktion trotz aller schweren Bedenken, welche sie gegen die Vorlage zu erheben hat, nicht verantworten zu können. Sie erwartet aber bestimmt, daß ein Ausgleich für die unteren und mittleren Besoldungsgruppen umgehend erfolgt.

Austausch der Ratifikationsurkunden zwischen Deutschland und Amerika.

Berlin, 12. November.

Nachdem gestern morgen die Gewerkschaftsführer sich mit dem Reichskanzler besprochen und der Reichskanzler sich auch mit den Fraktionsführern des Zentrums und der Mehrheitssozialisten ins Einvernehmen geeinigt hatte, fand gestern nachmittags 5 Uhr eine Sitzung des Reichskabinetts statt, die bis 7 Uhr abends dauerte. In dieser Kabinettsitzung, die sich mit den Vorschlägen der deutschen Industrie über die Kreditaktion befaßte, wurden Beschlüsse nicht gefaßt.

Im Anschluß an die Kabinettsitzung fand der Austausch der Ratifikationsurkunden über den deutsch-amerikanischen Frieden mit den Vertretern der Vereinigten Staaten statt.

Die Interalliierte Kommission gegen Gewalt.

Berlin, 12. November.

Halbamtlich wird mitgeteilt: Die Interalliierte Kommission in Oppeln hat die Einreiseerlaubnis des polenverfeindlichen deutschen Bevollmächtigten für die deutsch-polnischen Verhandlungen über Oberschlesien, Staatssekretär Dr. Lewald und des Staatssekretärs Dr. Göppert, die sich gestern abend zu Vorbereitungen mit Vertretern der obersteleischen Bevölkerung nach Oberschlesien begeben wollten, verweigert.

Die Forderungen des deutschen Städtetages.

Berlin, 11. November.

Seine vormittags fand im Reichstagsgebäude die außerordentliche Tagung des Deutschen Städtetages und des Reichs- und Städtebundes unter stürkster Beteiligung statt zu dem Zwecke, in letzter Stunde einen Appell an die Reichsregierung zu richten, den finanziellen Zusammenbruch der Gemeinden durch planvolle Zusammenarbeit zwischen dem Reich, den Ländern und den Gemeinden zu verhindern. Auf der Tagesordnung stand als einziger Punkt: Neuregelung der Beamten- und Angestelltenbesoldung und der Arbeiterlöhne und deren Wirkung in den deutschen Städten. Das Reich ist ersucht, die

Berammlung, an der Vertreter der Reichs- und Landesbehörden teilnahmen, nahm einstimmig folgende Entschließung an: Die deutschen Städte sind vollständig außerstande, mit ihren gegenwärtigen finanziellen Möglichkeiten die Mehrkosten aufzubringen, die ihnen durch die Erhöhung der Beamten- und Angestelltenbesoldung und der Arbeiterlöhne auferlegt werden. Es fehlen ihnen sogar die Varmittel für die ersten unaufschiebbaren Auszahlungen. Zur Ermöglichung der erforderlichen Zahlungen fordern die Städte die sofortige allgemeine und laufende Ueberweisung von Vorschüssen zur Deckung von Mehraufwendungen unter Ablehnung jeder Abstufung nach der Bedürftigkeit. Vor allem erwarten die deutschen Städte von der Reichsregierung, dem Reichsrat und dem Reichstag die vorbehaltlose Bewilligung der endgültigen Deckung für die neuen Ausgaben. Damit verbinden sie im Interesse der Erhaltung und Stärkung ihrer Selbstverwaltung das Verlangen, daß nun endlich einmal die erforderlichen finanziellen Grundlagen zur Erfüllung ihrer dringenden Aufgaben geschaffen werden. Sie erblicken die einzig mögliche Lösung darin, daß ihnen die noch vorhandenen Einkünfte völlig gesichert und durch planvolle Aufteilung aller öffentlichen Einnahmequellen zwischen Reich, Ländern und Gemeinden ergänzt werden.

Von einer zweiten Entschließung, die der Besoldungsreform galt, wurde nur der erste Satz angenommen, der folgenden Wortlaut hat: Die deutschen Städte protestieren dagegen, daß die Besoldungsordnung ohne Mitwirkung der Gemeinden geschaffen worden ist, obwohl die Städte durch die notwendige Gleichstellung ihrer Beamten, Angestellten und Arbeiter mit denen des Reiches an der Regelung im stärksten Maße interessiert sind. — Der übrige Teil der Resolution, der eine Kritik der Besoldungsordnung enthält, wurde mit starker Mehrheit abgelehnt.

„Nie wieder Krieg.“

Große Arbeiterkundgebung in München.

München, 10. November. (Eig. Drahtbericht.)

Der heutige Tag hat München eine interessante Kundgebung der Münchener Arbeiterschaft gebracht, die dem verhängnisvollen Weichbild von München anlässlich der Aufhebung des Belagerungszustandes endlich wieder einmal die Note des in Bayern um seine Existenz kämpfenden sozialistischen und pazifistischen Glaubensbekenntnisses aufgedrückt hat. Die Totenseier „Nie wieder Krieg“ rief auf dem Gelände des Königspalastes eine etwa 70—80 000 Menschen zählende Massenversammlung zusammen, zu der die aus den Vorstädten herkommenden Arbeiterbataillone keinen Zugang mehr finden konnten, sodaß an den anschließenden Straßenzugängen eine Anzahl von Rednern die Menge auf die Bedeutung der Feier hinweisen mußten. Die Hauptversammlung fand vor den Propyläen statt, wo die Fahnenabordnungen der endlosen Züge und ein Arbeitermassenchor Aufstellung genommen hatten. Hier legten der erste Bürgermeister Genosse Schmid im Namen der Stadt München und der Vorsitzende des Gewerkschaftsvereins im Namen der Münchener Arbeiterschaft für die Gefallenen im Weltkrieg Kränze nieder.

Genosse Schüßinger hielt die Gedächtnisrede für die Kriegsgefallenen. Er forderte die anwesenden Feldpostboten zum Zeugnis gegen den Krieg auf und forderte weiter, durch das menschliche Bekenntnis von der grausamen Wirklichkeit des Krieges die Jugend auf eine Bahn zu lenken, welche ihr das Erlebnis des Völkermordens ersparen möge. Er hat um Ehrung des namenlosen deutschen Soldaten im Sinne eines prunklosen Gedenkens in den Arbeiterherzen. Der namenlose deutsche Soldat sei ein Symbol für die Erweckung eines neuen Deutschtums. Die Parole, die dahin führe, heiße: „Nie wieder Krieg.“ Die Feier ist trotz aller Befürchtungen von Seiten der Regierungsorgane ungehindert verlaufen und hatte in den Teilnehmer einen mächtigen Eindruck hinterlassen. Das Gelände des Königspalastes war bedeckt mit schwarz-rot-goldenen Fahnen zum Wahrzeichen und zur Warnung für die bayerische Reaktion, daß die Münchener Arbeiterschaft auf dem Posten ist, wenn es heißt, ihre Ideale mit der Tat zu stützen.

Die Kränze werden an das Grab eines namenlosen Soldaten auf dem Waldfriedhofe gebracht, um den Müttern und Frauen verschollener Krieger Gelegenheit zum Gedächtnis ihrer Toten zu geben.

Für die „notleidenden“ Rentenempfänger.

Berlin, 11. November.

Der Reichstags-Ausschuß für soziale Angelegenheiten hat in dem Fürsorgegesetz-Entwurf des Reichstags gestrichelt, daß die Unterstützung nur „notleidenden“ Rentenempfängern gewährt wird. — Die Unterstützung soll in solcher Höhe bemessen werden, daß das Gesamteinkommen des Unterstützten einen bestimmten Jahresbetrag erreicht. Dieser Betrag soll nach dem Entwurf sein: 2100 Mark für die Invaliden- und Altersrente, 1500 Mk. für die Witwen- und Waisenrente und 800 Mk. für die Waisenrente. Die Sozialdemokraten stimmen zunächst dafür, daß die Unterstützung auf monatlich 300, 250 und 150 Mk. festgesetzt wird. Das lehnten die Bürgerlichen ab. Dagegen wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten ein Antrag angenommen, der jenen Betrag auf 3000, 2100, 1200 Mk. festsetzt. — Hat der Rentenempfänger Kinder unter fünfzehn Jahren, so soll sich nach dem Regierungsentwurf der Betrag um 120 Mk. für jedes Kind erhöhen. Auf Antrag der Sozialdemokraten wurde die Erhöhung um 300 Mk. für jedes Kind beschlossen und dann hinzugefügt, daß mindestens aber der Betrag einzuziehen ist, der im Falle des Todes des Rentenempfängers für die berechtigten Hinterbliebenen einzuziehen wäre. — Die Vorlage wollte beim Gesamteinkommen als Grenze der Unterstützung den vollen Arbeitsverdienst und alle sonstigen Bezüge anrechnen. Die Sozialdemokraten beantragten, daß der Arbeitsverdienst — genau so wie bei den Pensionen der Beamten — überhaupt nicht anzurechnet wird. Diesen Antrag stimmten die Bürgerlichen nieder; darauf wurde beim Arbeitsverdienst der anrechnungsfreie Teil auf 2000 Mk. und bei den Bezügen aus öffentlichen Kassen auf 600 Mk. festgesetzt. Einer Anregung der Sozialdemokraten zufolge wurde bestimmt, daß das Einkommen aus Familienunterstützung soweit sie über die gesetzliche Unterhaltspflicht oder vertraglich übernommene Verpflichtungen hinausgeht, nicht auf

Aufmarsch der sozialdemokratischen Wähler.

Die Volksversammlung im Gewerkschaftshaus.

Eine Versammlung, wie sie das Heim der Lübecker Arbeiterschaft seit Jahren nicht mehr gesehen hat, füllte am Freitag abend den großen Saal des Gewerkschaftshauses bis auf den letzten Platz. Ueber 3000 Männer und Frauen waren dem Ruf der sozialdemokratischen Partei gefolgt, um den letzten Appell für die Bürgerchaftswahl entgegenzunehmen. Es war im besten Wortsinne ein Aufmarsch des Proletariats, wie wir ihn in früheren Jahren so oft in mustergültiger Weise gesehen haben und wie er sich zum blauen Reich und unserer Widerjahre nicht imponanter vorstellen kann. Das ist die alte Garde, gewohnt selbst zu kämpfen und für ihre Streiter einzustehen. Bei solchem Anblick der mehrtausendköpfigen Schar muß allerdings das Hasenherz des strammsten Einheitsfrontiers zusammenschmelzen. Wohin der Blick sich wendet: überall begegnet er ernstem und gemessenem Sinnen, empfindet er würdevollen Proletariatswillen. Gegen diesen ungeheuren, erstgefügten Massenwillen anzukämpfen wäre aussichtslos. Das sehen auch die vereinigten Gegner ein und deshalb bleiben sie allen Versammlungen fern, bei denen es gilt, zum Wort zu stehen. Nur ein Kommunist redete; die Bürgerlichen senkten ihre ehlen Häupter.

Genosse Dr. Leber

referierte über die Bürgerchaftswahl, entrollte die Aiten derer um Behn. Wir wollen die mit lebhaften Zustimmung unterzogene Rede mit knappen Sätzen skizzieren:

Der Kampf wird auf zwei Fronten ausgefochten, zwischen Links und Rechts. Mit dieser Begrenzung ist die Tatsache des Kampfes aufgedeckt, der seit 50 Jahren zwischen dem aufsteigenden Proletariat und dem Bürgertum entbrannt und der seit dem Erbverderb in ein anderes Stadium getreten ist. Seit dieser Zeit ist die Arbeiterschaft aus der Verteidigung zum Angriff übergegangen. Die reaktionären Parteien fürchten sich betroffen, sie sagen, wie z. B. in Thüringen, wo eine sozialistische Regierung wirkt, eine derartige Behandlung sei ungerichtet. Ihnen wird mit gleicher Münze heimgezahlt. Wir antworten: Sie haben die Macht und tun, was wir für richtig halten. (Zuruf: Sehr gut!) Diese Handlungsweise besetzt das Herz jedes Proletariats. Die Arbeiter glauben nicht an goldene Berge, aber sie wollen Taten sehen, sie verlangen, daß in einer Republik auch republikanisch regiert wird! Auch eine einzige Kampfront erkennt sich das Proletariat, es will den gemeinsamen Willen auswirken lassen. Es lebt in der Arbeiterschaft ein neuer Geist, der Beweise dafür haben will, daß die Macht in unseren Händen auch einen Zweck hat. Niemand anders hat diese neuen Zeichen besser begriffen als das Bürgertum. Sie merken aus den Aufträgen der bürgerlichen Parteien die Angst heraus, sie ihnen eine einzige Arbeiterschaft einimpft. Sie scheitern immer Kompromisse, um zum Schluß stets weniger zu haben.

Die Hege der Behnpartei richtet sich nicht, wie man vorzuklammert, gegen einzelne Personen, sondern gegen den neuen Geist in der Arbeiterschaft, der zum Angriff auf der ganzen Linie übergeht. (Sehr richtig!) Mit ihren Flugblättern werden die Bürgerlichen wenig Glück haben, sind sie doch nur darauf eingestellt, Dumme zu fangen. Das schwarze Gewissen der Bürgerlichen ist zu schwer belastet, der wiederholte Wahlscheitern ist unauflöslich eingetragen. Waren doch z. B. 1901 von 100 Reichstagswählern kaum 2000 bei der Bürgerchaftswahl imberechtigt. Da schämten sich die Herrschaften und wollten ein neues Wahlrecht geben. Sie hängten der Käse die Schelle auf die andere Seite und schickten sie so in die Welt: sie schafften einen Zensus und verlangten 5jährige Anwesenheitsdauer. Dadurch hofften die Vaterländischen etwa zwei Drittel der Arbeiterschaft von der Wahlberechtigung auszuschließen, und als trotz dieser Schilane die Arbeiterstimmen den der Bürgerlichen fast gleichstämten, da änderten dieselben Herren, die jetzt zu Euch kommen mit dem Vorgeben, Euch zu helfen, das Wahlrecht abermals schäbig um. Die Lübecker Arbeiter zeigten wandten sich im besonderen gegen die sozialdemokratische Gefahr. Zwei Drittel der Wählerchaft mit unter 2000 Mark Einkommen durften 15 Vertreter wählen, das übrige Drittel aber 105. Noch zwei Monate vor der Revolution stießen Herren, die jetzt auf der Einheitsliste stehen, ein Wahlrecht aus, das von 80 durch Ständewahlen zu vergebenden Stellen aus 4 (vier) den Arbeitern sicherte. Sechs Großindustrielle wollten einen, und 800 Arbeiter auch nur einen Vertreter in die Bürgerchaft entsenden können.

„Und solche Leute wagen es heute, den Arbeitern vorzuschwätzen, deren Interesse zu vertreten! Sie erschrecken sich zu fragen, wo die goldenen Berge seien? Ich will Ihnen sagen, wo sie sind: nicht in den Gängen, wo die Arbeiter wohnen und die Arbeiterfrauen mühsam ausrechnen, wie sie die teure Margarine stehen sollen. Nein, die goldenen Berge liegen bei Behn und Kempell. Und wenn die Sozialdemokratie diese Berge einst holt, dann werden die Herren nicht mehr fragen, wo sie liegen sondern werden betrübt Ausschau nach ihnen halten.“

Der Referent ging des näheren auf die verderbliche Kriegspolitik der Militärs und Behnpartei ein — wir verdanken ihnen den Verlust sowohl Elsaß-Lothringens wie Oberschlesiens —

und verwies auf das trostlose Erbe, das die Sozialdemokratie übernehmen mußte. Damals schrieben unsere Blätter, daß, wenn schon die Last des verlorenen Krieges auf unseren Schultern ruhen müsse, so wollten wir wenigstens das Joch der Unterdrückung abschütteln. Heute ist man erstaunt über die Frechheit der Ungeheuer gegen das gesamte Volk. Sie scheuen nicht einmal vor der Beschimpfung der Frauen zurück. In denselben Ton verfaßt die Behnpartei jetzt bei der Walutfrage und tut so, als ob die Arbeiter lauter Devisenschieber wären oder als hätte die Lübecker Arbeiterschaft über die Londoner und Newyorker Börsen zu bestimmen. Man beachtet auch nicht, daß weder der Reichs-, noch der preussische Finanzminister Sozialdemokraten sind, aber man stellt diese Fragen, weil man dort drüben auf die Dummheit der Wähler spekuliert. Wären die Sozialdemokraten wirklich am Ruder, würden wir längst den Besitz erfaßt haben. Wir ständen besser da.

So wie bisher geht es nicht mehr weiter! Das Volk wird immer mehr ausgebeutet, die andern werden immer reicher, die Dividendengewinne der Industrie wachsen, wie Sie beim Hochofenwerk sehen, ins Riesenhafte. Hier hat man den Aktienären neben 25 Prozent Dividenden noch ein neues Wert geschenkt. Neun Zehntel der Bevölkerung hat kaum satt zu essen, die Kinder haben kein Geld auf dem Beise, und das übrige Zehntel lebt im Wohlstand. Leute wie Behn, Kartoffelschieber u. a. verdienen im Schlaf durch die künstlichen Preissteigerungen ungezählte Tausende. (Zuruf: Schieber!) Ja, Schieber will keiner sein, und dabei sind sie es alle. Mit jeder Warenpreissteigerung wird der Arbeitslohn entwertet, wird ein Teil des Lohnes weggeschloffen. Das ist das Resultat der ungebundenen Wirtschaft, wie sie neben den Behnleuten der Bürgerbund vertritt.

Wir werden alles tun, um den Interessen des Bürgertums an den Reich zu gehen. Auch von den Inhabern höherer Beamtenstellen werden wir fordern, daß sie den republikanischen Staat zu vertreten haben. Andernfalls werden wir sie aus ihrer 105 000-Mark-Gehaltsklasse verschwinden lassen.

Der Schule muß ganz besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden, damit aufrichter republikanischer Nachwuchs erzieht und nicht wie heute monarchistisch geformt. Denn Sie dürfen nicht vergessen, daß Revolution nicht nur mit den Fäusten, sondern auch mit den Köpfen gemacht wird. Die höheren Schulen sind auch heute noch nur für die Herren Wüßchen der Bürgerlichen vorhanden, die später das Proletariat wie in der Vergangenheit geistig inebeln sollen.

Nicht vergessen werden darf: die Sozialdemokratie hat hohe ideale Aufgaben zu erfüllen. Unter ungeheurer schweren Verhältnissen haben unsere Vorkämpfer das Banner des Sozialismus aufgezogen. Hoher Menschheitsglaube befeuert sie. Diesen Glauben müssen wir pflegen, unbeirrt die dornenvollen Wege. Das Gute und Schöne in der Welt wollen wir erobern, es gehört dem ganzen Volke. Wenn Sie von diesem Geiste durchdrungen sind, dann wird ihnen die Entscheidung nicht schwer fallen, wenn Sie am Sonntag Ihre Stimme zu geben haben. (Beifall)

An der Aussprache beteiligte sich nur der Kommunist v. Meyenburg-Köln, der recht vorsichtig mit den Moskauer Prinzipien hantierte und die Versicherung abgab, daß die Kommunisten eine rein sozialistische Regierung bis zu einem gewissen Grade unterstützen. Würde man dem Rate Moskows gefolgt sein, dann wären die Fragen, um die man sich heute noch herumtreibt, längst gelöst.

Genosse Dr. Leber erläuterte im Schlußwort diejenigen Tatsachen, die Meyenburg aus agitatorischen Gründen anzuführen vergessen hatte und erinnerte auch daran daß die Kommunisten nicht nur die Hauptschuld an den heutigen deutschen Zuständen trügen, sondern sich auch in entscheidenden Fällen immer auf die Seite der Heillosen gestellt hätten. Der langsamen und zähen Art der deutschen Arbeiterklasse werde es in einigen Jahrzehnten schwer gelingen, sich vom Joch des Kapitalismus zu befreien. Nach einer Erklärung über das Zustandekommen der Koalitionsregierung in Preußen widmete Leber noch einmal den Bürgerlichen Gegnern einschließlich der Demokraten eine Viertelstunde, schilderte den Streit zwischen Bürgerbund und Behnpartei um die Bürgerchaftswahl und wies auch auf die Interessenpolitik des Haus- und Grundbesitzervereins hin. Alle hätten nur das Vorwortsinteresse im Auge und wollten nicht verstehen, daß die Proletarier auch Menschen seien. Eine Freigabe der Wohnungswirtschaft würde die größte Katastrophe bedeuten, würde eine Verzehrfahrung der Mieten bringen. Der Redner schloß:

Entscheiden Sie selbst, ob am Sonntag abend der Gedankentriumphieren und die schwarz-weiß-rote Flagge, oder ob die Flagge der Republik und des Sozialismus wehen soll. Nach der Stimmung dieser gewaltigen Versammlung bin ich von dem Ausgang der Wahl nicht bange.

Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie schloß Genosse Weiß gegen 10¼ Uhr die aufs Befriedigendste verlaufene, denkwürdige Versammlung.

meinden von den ihnen auf Grund dieses Gesetzes ermachtenden Ausgaben ein Drittel von den Ländern und ein weiteres Drittel vom Reiche ersetzt wird. Ein Gegenbeschluss des Reichsrats, will, daß die Gemeinden monatlich neunzig vom Hundert der verauslagten Beträge bei der Obersten Landesbehörde zur Erstattung durch das Reich anmelden. Der Reichsarbeitsminister soll dann den Obersten Landesbehörden die entsprechenden Summen für die Gemeinden überweisen. Der soziale Ausschuss ist sofort in die Beratung eingetreten und wir verweisen auf den Ausschussbericht.

Gewerkschaften und Kredithilfe.

Berlin, 10. November.

Zur „Kredithilfe der Industrie“ haben die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes folgende Entschlüsse gefaßt:

„Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes haben in den Vorständen des Reichsverbandes der deutschen Industriellen zur Gewährung einer Kredithilfe an das Deutsche Reich eine Entschlüsse der gesamten wichtigsten Gewerkschaften, die organisierten Unternehmer inlossen an die Vorstandsleistungen Bedingungen

Die in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht zu einer schwersten Entwertung und materiellen Schädigung der Arbeiter, Angestellten und Beamten führen muß. Sie fordern von der Reichsregierung politische Garantien zugunsten des Unternehmertums, die in letzter Linie eine Einschränkung, wenn nicht Beseitigung des Mißverhältnisses zwischen der Arbeitnehmers in den Betrieben, eine Entlastung der Eisenbahnen und sonstiger Reichsbetriebe und die Durchbrechung oder Aufhebung des Achtstundentages bedeuten. Der Wortlaut der Entschlüsse läßt erkennen, daß allgemein mit der Gewährung der Kredithilfe das Reich, und damit breite Schichten der Bevölkerung, in eine wachsende unerträgliche Abhängigkeit von den Unternehmern gebracht werden sollen. Die Kreditation der Industriellen, die man anfangs als eine „nationale Tat“ anfandigte, und die auch die Zustimmung der Gewerkschaften gefunden hätte, ist durch die Vorschläge des Reichsverbandes der deutschen Industriellen als ein neues Machtinstrument des organisierten Unternehmertums entlarvt worden.

Die vereinigten gewerkschaftlichen Spitzenverbände erwarten von der Reichsregierung, daß sie die von den Industriellen in Verbindung mit der Gewährung einer Kredithilfe gestellten Forderungen unbedingt ablehnt.

Der Reichskanzler empfing am Donnerstag mittag die Vertreter des Reichsverbandes der deutschen Industriellen, um nochmals mit ihnen über die Kreditbeschaffung Rücksprache zu nehmen. Besonders wünschte die Regierung eine sichere Auslegung der bekannten Resolution, die am vergangenen Sonnabend von Mitgliedern des Reichsverbandes der deutschen Industriellen gefaßt worden war, und die von der Regierung große Zugeständnisse fordert. Es scheint, daß die Industriellen vor allen Dingen die Privatisierung der Eisenbahnen von einer Kreditbeschaffung abhängig machen wollen. Ueber die weiteren Absichten lassen sie noch nichts verlauten. Wie wir erfahren, wird sich die Regierung am Freitag nachmittag in einer Kabinettsitzung mit den Erläuterungen der Industriellen zu ihrer Resolution beschäftigen und wahrscheinlich weitgehende Beschlüsse fassen; denn es muß für ausgeschlossen gelten, daß die sogenannten Forderungen, die verwirklicht werden sollen, bevor die Kreditbeschaffung endgültig zugefaßt wird, nicht abgelehnt und andere Wege beziehungsweise Zwangsmassnahmen gesucht werden, um unsere Reparationsverpflichtungen zu erfüllen.

Am Donnerstag nachmittag 5 Uhr waren die Vertreter der Reparationskommission zu einer unerbittlichen Besprechung beim Reichskanzler erschienen. Der Reichskanzler legte den Vertretern der Ententemächte unsere Wirtschaftslage und Zahlungsmöglichkeiten dar. Ueber die Absichten der Reparationskommission herrscht auch bisher noch keine Klarheit.

Volkswirtschaft.

Kartoffel-Notierung.

Hamburg, 11. November.

Die bei der Handelskammer bestehende Notierungskommission hat am 10. November folgende Notierung festgesetzt:

Preise für Speisekartoffeln, handelsübliche Ware, wie sie vom Großhandel an den Erzeuger ab Station bezahlt werden, wozu Fracht, Kommission usw. hinzukommt: Speisekartoffeln, weiße 90—95 Mt., rote 85—90 Mt., gelbe 95—100 Mt. n. 50kg.

Wiehmärkte.

Hamburg, 11. Nov.

Schlachtwiehmärkte der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein am Hamburger Schlachtwiehmärkte.

Schweinemarkt.

Preis für 100 Pfund Lebendgewicht

- a) beste, schwere, reine Ware über 260 Pfund . . . 1700—1800 Mt.
- b) mittlere schwere Ware, 200—260 Pfund . . . 1600—1700 .
- c) gute, leichte Ware unter 200 Pfund . . . 1500—1600 .
- d) geringere Ware . . . 1200—1400 .
- e) beste Sauen . . . 1500—1600 .
- f) geringere Sauen . . . 1200—1400 .

Marktaufuhr: 4600 Schweine. Der Handel verlief trotz des starken Angebots lebhaft. Schwere Ware war sehr gesucht. Durch die Landw.-Kammer wurden 235 Stück verkauft.

Devisen-Kurse.

Berlin, 12. November.

Amliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		11. Nov.	10. Nov.
Amsterdam	100 fl.	8990.—	9340.65
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	1983.—	1908.05
Kristiania	100 Kr.	4115.85	3746.25
Kopenhagen	100 Kr.	5254.70	4825.15
Stockholm	100 Kr.	6592.70	6193.80
Helsingfors	100 finn. Mk.	558.40	—
Rom	100 Lire	1158.80	1128.85
London	1 £	1183.85	1063.90
New York	1 Doll.	287.81	272.22
Paris	100 Frs.	2047.95	2007.95
Zürich	100 Frs.	5364.60	5194.80
Madrid	100 Pesetas	3946.05	3946.05
Wien	100 K.	8.68	8.78
Budapest	100 K.	28.97	22.47
Prag	100 K.	304.65	284.70

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer Segler Schiffname Kapitän Herkunftsort Fahrzeit Tage Seit

Angelommen am 10. November.				
D.	Säge	Hennings	Antwerpen	8
Angelommen am 11. November.				
D.	Cypres	Davidien	C. W.	—
D.	Gumy	Samuelson	Malmö	2
S.	Fortuna	Stamm	Kopenhagen	8
S.	C. W. S.			
S.	Wicelandia	Böge	See	—
Angelommen am 12. November.				
D.	Bothmund	Wieg	Cuxhaven	14
D.	Bohjaneshj	Kalter	Kopenhagen	1

Verantwortlich: für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Privat- und Postwesen Hermann Bauer; für Handel und Gewerbe August Schür; für Interior- und Verkehrsangelegenheiten Dr. Heinrich Steinberg; für die Redaktion Dr. J. Leber; für die Druckerei Dr. J. Leber.

Parteigenossen und Genossinnen!

Auf zur Mitarbeit!
Meldet euch Sonntag morgen
8 1/2 Uhr in den bekannten
Lokalen oder
im Parteisekretariat!
Holt den letzten Wähler
an die Urne!
Auf zum Kampf!
Auf zum Sieg!
Nieder mit den Wahlrechts-
räubern!

Das sozialdem. Wahlkomitee.
Das Sekretariat ist von morgens
8 Uhr geöffnet. Telephon 2443.
(8994)

Sonntag abend:
Verkündung des
Wahlergebnisses
im großen Saale
des Gewerkschaftshauses.

Stadthallen- Lichtspiele.

Vom 11.-17. November:

Indiskretionen
aus dem Glashaas.

J-i-s-e-f
(Jeder ist sein eigener Filmstar)

Sie lachen Tränen!
Sie lachen sich gesund!

Kein Sensationsfilm,
sondern eine
Film-Sensation!

Aus den Memoiren
einer

Film-Schauspielerin.

Lya Mara
Ernst Hofmann.

Komiker-Weltfreit.

Fritz Schulz, Richard Georg,
Josephine Dora, P. Westermeyer,
Ilka Grünig, Karl Huszar,
Paul Hensfeld, Karl Harnacher,
Paul Morgan, W. Siegelmann,
Ferry Sykiz, Hermann Picha.

Banditen im Stad.

Ein sechsaktiger Kriminal- und
Abenteuerfilm.

Auf unser großes Orchester wird
besonders hingewiesen.
Gut geheiztes Lokal!

Gartenbau-Verein, Lübeck.

Montag, 14. November 1921
abends 7 1/2 Uhr pünktlich!

Versammlung

in der Aula des Rathhauses,
Gingang Hundestraße.

Tagesordnung:

1. Wichtige Fragen aus dem Kartoffelbau.
Referent: Herr Obergärtner Sperling.
 2. Neber Straßarbeiten der Kartoffel. Vortrag von
Schülern: Herr Prof. Dr. Steyer.
- Eintritt frei (8989)

Zur Aufklärung!

Die wirtschaftliche Lage und die in letzter Zeit
wiederholten Angriffe in der Presse gegen den Lebens-
mittelhandel zwingt die unterzeichneten Vereinigun-
gen, zu diesen und den fortgesetzten Preissteigerungen
im Namen ihrer Mitglieder Stellung zu nehmen.

Der Preis der heute von uns eingekauften Waren
übersteigt ausnahmslos den jetzigen Ladenpreis. Wir
folgen, der Zwangslage entsprechend, nur zögernd den
fortwährend steigenden Großhandelspreisen, und müssen
es daher auf das entschiedenste ablehnen, für die zur
Zeit bedauerlicherweise herrschende Teuerung im Lebens-
mittelhandel die Verantwortung zu tragen.

Verein der Kolonialwarenhändler von Lübeck u. Umg. E. V.
Reichsverband deutscher Obst- u. Gemüsehändler E. V.
Ortsgruppe Lübeck.
Reichsverband deutscher Feinkostkaufleute E. V.
Ortsgruppe Lübeck.
Fleischer-Innung Lübeck.
Bäcker-Innung Lübeck.
Butter-Einkaufsgenossenschaft e. G. m. b. H. (9025)

Hausfrauen!

chemisch-reinigt
zu Hause
nur mit
Heilmann's
Reformia!

Alle wissen,
sowie waschechten bunten Stoffe
Damen-, Herren- u. Kinderkleidung, Hand-
schuhe, Strümpfe, Decken, Stickereien u. alle
sonstigen Handarbeiten, Dekorationen usw.
werden
auf die einfachste u. billigste Weise
prachtvoll u. wienereingereinigt

Päckchen zu Mk. 2.-
Erhältlich in Drogerie u. einschläg. Geschäften.
Vertretung u. Lager:
E. R. Schultz, Lübeck,
Engelsgrube 24. (8975) Fernspr. 8528.

November

14.
Montag

Kochen, Kuchen, Backen

ohne
Kohle, Holz, Gas!

Praktische Vorführungen mit

November

15.
Dienstag

Vortrag

über
Rieschels Pat. Wellsieb-Grudoherd

am 14. und 15. d. M., nachm. 4-6 Uhr, im Hause der Lübecker
Turnerschaft, An der Mauer 55a, bei freiem Eintritt.

Der Besuch ist bei der heutigen Wichtigkeit der Brennstoff-
frage jeder sparsamen Hausfrau anzuraten. (9110)

Allein-
verkauf Adon Borgfeld, Lübeck, Mühlen-
straße
Inhaber: Hermann A. A. A.

Empfehle mich zum
Schroten von sämtlichen
Kornarten. (8996)
H. Hoffmann, Leichter 4a,
Wallhalbinsel 11/13,
Telephon 3101.

Möbel

Schlafzimmer
Speisezimmer
Küchen
Rüchen (8978)
Andere billig
Wein, Möbel-
kauf, etc.
Abstr. 7.1.
Gute Küchstr.
Fernspr. 641.

Ad. Hübner Uhrmacher
Fährhaus 13.
Uhr- u. Goldwaren-
u. Reparaturwerkst. (8977)

+Magerteit+

Erdne volle
Körperformen
durch unter
"Magna" Kraftpulver
in 6 bis 8 Wo-
chen bis 30% d.
Zunahme. Sa-
rant, ungeschädlich. Grattlich
empfohlen. Streng reell!
Die e. Dantschreib. Breite
Karton mit Gebr. -Anm.
Nr. 15 - Postanweisung
oder Nachnahme. (9112)

Alleinige Niederlage
Adler-Apothek,
Lübeck Ob. Mengstr. 10.

Eiserne Oefen Eiserne Herde

in allen Größen und
Preislagen (9024)
kaufen Sie billig im
Fachmann. Spezialhaus
Wilhelm Dresden,
Kapitänstr. 2a
Ecke Mühlenstr.
Fernspr. 1111.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Lübeck.

Achtung!

Betriebsräte der Metallindustrie

Die Wahl der Delegierten zum ersten Reichs-
Betriebsräte-Kongress für die Metallindustrie
findet am Montag, dem 14. November 1921
abends von 7 bis 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus
statt.

Wahlberechtigt ist jedes aktive Betriebsräte-
mitglied, welches Mitglied des Deutschen Metall-
arbeiter-Verbandes ist. (8988)

Die Ortsverwaltung.

Zentralhallen.

Eintritt frei. Morgen Sonntag: Eintritt frei.
Gr. Tanzkränzchen

Neu-Lauerhof

Morgen Sonntag:
Tanzkränzchen

Jeden Sonntag: Ball

Kensfeld. 1688 Gasthof J. Brincker

Jeden Sonntag u. Donnerstag (8977)

Adlershorst. Ball

Luisenlust Jeden Sonntag: Ball

Eintritt und Tanz frei. (8986)
Jeden Montag Ball. Damen

Weißer Engel Jeden Sonntag: Ball

Friedrich-Franz-Halle.

Jeden Sonntag: (8974)
Tanz. Anf. 4 Uhr. Eintritt frei

Sonntagabend, 19. Nov.:

BALL.

Deutscher Eisenbahner-Verband.

Ortsgruppe Lübeck. (8998)

Mitglieder-Versammlung

am Montag, dem 14. Nov.
abends 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 3. Quartal.
2. Äußerer Lohn- und Gehaltsvergleich.
3. Kartellbericht.
4. Äußerer Verbandsangelegenheiten.

Verbandsbücher vor-
setzen.
Die Ortsverwaltung.

Lübecker Genossenschafts-Bäckerei

e. G. m. b. H.

Ordentliche General-Versammlung

am Montag, dem 21. Nov.
abends 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassen-
bericht vom 3. Quar-
tal 1921. (9006)
2. Anträge auf Abände-
rung des Statuts.

Kartellgesetzlastigkeiten
Der Vorstand.

Eindenhof

Israelsdorf.
Am Sonntag: (8977)

Vornehme Ballmusik
Anfang 4 Uhr nachm.

J. v. Beanden fr. Eintr.
Tel. 1910. Victor Klempen.

Flora

Sonntag:
TANZ

Eintritt frei. (8977)

Hansatheater

Heute (8988)
Sonntagabend, 7 1/2 Uhr:
Ihre Hoheit - die
Tänzerin.

Sonntag:
nachmittags 3 Uhr:
3u ganz kleinen Breteln
(1-6 Akt.)
Zum letzten Male
Der Froschkönig.

Abend 7 1/2 Uhr:
Der selbige Balduin
Voranzeige. (8988)

Mittwoch, 16. November
(Vorbereitung) 7 1/2 Uhr:
Sinnliches Gastspiel des
damb. Thalia-Theater
Johannisfeuer.

Stadttheater Lübeck

Sonntagabend, 12. Nov.
7.30 Uhr. Der liebe
Augustin. (Auffg.)
Abonnement).

Sonntag, 13. Nov., 8 Uhr
2. Vorst. für die Blätt-
deutsche Volksgul:
Fürza Wewes.

7.30 Uhr. Sinnliches
Gastspiel von Ing-
Thorsen vom Hamb-
stadttheater als "Ab-
line" Mignon. (8988)

Montag, 14. Nov., 7.30 Uhr
7. Volkst. Kongert.
Solist: Herr A. Kof-
(Contrabaß), unt. and.
Strauß, Tod und Ver-
ständnis.

Dienstag, 15. Nov., 7.30
Uhr. Auf vielf. Wunsch
(Außer Abonnement)
Botsch und Per-
mutter.

Voranzeige.
Freitag, 18. Nov. Gimm-
liches Gastspiel von
Thessa Wenk. Stadt-
theater Leipzig. 7.30
Uhr.

Freistaat Lübeck.

Sonntag, 12. November.

Die tätigen Genossen werden ersucht, am Sonntag morgen, 8 1/2 Uhr, in den von den Bezirksleitern bekanntgegebenen Wahlbüros zu erscheinen. Die Wahl beginnt nicht um 10 Uhr, sondern um 9 Uhr.

Die Liste der Sozialdemokratischen Partei.

Wahlvorschlag Nr. 1.

unterzeichnet an erster Stelle von S. Wolfradt.

1. Ehlers, Gustav, Anwalter.
2. Haut, August, Geschäftsführer.
3. Dreger, Alfred, Gewerkschaftssekretär.
4. Böwig, Adolf, Gewerkschaftsbeamter.
5. Schermer, Ernst, Lehrer.
6. Wolfradt, Hermann, Parteisekretär.
7. Leber, Julius, Dr. rer. pol., Schriftleiter.
8. Thies, Christian, Dekorant.
9. Mengel, Helene, Hausfrau.
10. Bruns, Wilhelm, Schneider.
11. Beck, Asmus, Kassenschatzmeister.
12. Taedat, Luise, Hausfrau.
13. Rasch, Walter, Eisenbahnhandwerker.
14. Grosse, Gustav, Schlosser.
15. Müller, Karl, Hafenarbeiter.
16. Puls, Heinrich, Bäcker.
17. Sagemann, Hans, Anreuehilfe, Tramemünde.
18. Kleinfeldt, Adolf, Gewerkschaftsbeamter.
19. Hülsdorf, Elisabeth, Hausfrau.
20. Steinberg, Heinrich, Geschäftsführer.
21. Riech, Wilhelm, Dr. phil., Direktor der Stadtbibliothek.
22. Körner, Johannes, Buchbinder.
23. Schula, August, Schriftleiter.
24. Radde, Johannes, Gewerkschaftsbeamter.
25. Roth, Hermann, Kaufmann.
26. Müller, Erik, Maurer.
27. Feuer, Ernst, Lehrer, Montarten.
28. Mener, Karl, Schlosser, Moisling.
29. Reher, Adolf, Lagerhalter, Bornest.
30. Schaeper, Heinrich, Lagerhalter, Schütur.
31. Wegner, Wilhelm, Landwirt, Dammersdorf.
32. Kohn, Heinrich, Handlungsgehilfe.
33. Haun, Oskar, Dr. jur., Steuerinspektor.
34. Schröder, Peter, Werkmeister.
35. Knapp, Emil, Former.
36. Rafforg, Otto, Maurer.
37. Reibner, Georg, Kassenschatzmeister.
38. Reppenhan, Johannes, Geschäftsführer.
39. Göhr, Richard, Sekretär.
40. Prehmer, Hermann, Rechtsanwalt.
41. Wagner, Georg, Polizei-Oberwachmeister.
42. Timmermann, Karl, Apotheker.
43. Albrich, Wilhelm, Tischler.
44. Mirow, Karl, Oberlehrer.
45. Raping, Georg, Geschäftsführer.
46. Gogowsky, Josef, Arbeitersekretär.
47. Muppau, Heinrich, Geschäftsführer.
48. Steen, Erik, Maurer.
49. Paudorn, Friedrich, Buchhalter.
50. Matke, Friedrich, Schneider.
51. Warkke, Adolf, Gewerkschaftsbeamter.
52. Stark, Georg, Kontroller.
53. Kutzhardt, Friedrich, Drechler.
54. Pange, Johannes, Oberpostsekretär.
55. Zimmermann, Severin, Buchbinder.
56. Sonnrey, Johannes, Staatsarbeiter.

57. Wegner, Wilhelm, Schmied.
58. Böller, Hermann, Wörner.
59. Storm, Karl, Zimmerer, Schönböden.
60. Blöth, Gustav, Arbeiter.
61. Wulf, Heinrich, Lagerhalter.
62. Reder, Gustav, Arbeiter, Bornest.
63. Reder, Hermann, Musiker.
64. Müller, Rudolf, Feuerwehrmann.
65. Ghorst, Friedrich, Arbeiter.
66. Kamm, Anna, Hausfrau.
67. Lehmann, Franz, Obermeisterwärter.
68. Denkwitz, Max, Dreher.

69. Lüth, Karl, Tischler.
70. Schmalfeld, Paul, Schmied.
71. Roth, Erik, Hafenarbeiter.
72. Kohansen, Hans, Fischer, Tramemünde.
73. Beckmann, Wilhelm, Lagerhalter.
74. Kahl, Erik, Gewerkschaftsbeamter.
75. Bries, Heinrich, Lötter.
76. Alwert, Willy, Zuschneider.
77. Meier, Frieda, Hausfrau.
78. Ostermeyer, Ferdinand, Arbeiter.
79. Ruch, Johann, Arbeiter, Kurau.
80. Werner, Erik, Maurer.

Wilhelm und sein Ross.

Eine lehrreiche Geschichte für Bürgerschaftswähler.

Die Ethnographie des Spiekers zeigt überall das gleiche Bild: beschränkter Untertanendienst und kriecherische Anbetung alles „Gottbegnadeten“. Zwischen diesen Kasseigenschaften beständig sich der Spiekergeist noch in grenzenlosem Erwerbssinn und beharrlichem Widerstreben politischen Fortschritts. Die Lübecker Spezies zeigt keine Abweichung dieser allgemeinen Kasseigenschaften. Sie ist zwar republikanisch von Geburt wegen, aber deshalb nicht minder königlich und kaiserlich gesonnen. Ja, sie gab sich sogar alle Mühe, diesen Geburtsfehler durch desto eifrigere Fürstenerhöhung wettzumachen. Wenn früher im Bürgerschaftssaal der Name eines Geächteten fiel, dann erhob die Stimme eines hohen Senates und die Herzen der Bürgerschaftsmitglieder erschauerten in selbigem Verzeihen. Und wäre es möglich gewesen: die „Abgesandten des Volkes“ hätten sich einen eigenen König für den Lübschen Staat zugelegt. Da keine Manneskraft dazu ausreichte, verwendete man die Kraft aller und schaffte sich einen Fetisch. Der letzte Satz muß verbessert werden: man verwandte nicht die Kraft der Bürgerschaftsvertreter, sondern diejenige der Steuerzahler — seit langem in ihrer Mehrheit antimonarchisch.

Diese Apoptrophierung stolzer Hanseaten ist notwendig zum Verständnis der Vor- und Nachgeschichte des für Lübeck gegengenen Standbildes Kaiser Wilhelms I., über das folgender Senatsantrag vorliegt:

Aufhebung des Rat- und Bürgerklusses, betreffend die Aufstellung eines Kaiser-Wilhelm-I.-Denkmals.

Durch den Rat- und Bürgerklaus vom 8. März 1913 ist dem mit dem Professor Louis Tuillon zu Berlin am 17. November 1912 geschlossenen Vertrage nebst Nachtrag vom 1. März 1913 wegen der Errichtung eines Reiterstandbildes Kaiser Wilhelms I. auf dem Plage vor dem geplanten Kaiser-Wilhelm-Volkshause die Genehmigung erteilt.

Die Fertigstellung des Denkmals hat sich verzögert. Jetzt ist es vollendet. Es gilt in Künstlerkreisen als eines der reizendsten Werke von der Hand des inzwischen verstorbenen Bildhauers. Die Abnahme muß nunmehr erfolgen. Die inzwischen einsetzende Veränderung der Verhältnisse läßt die Aufstellung des Standbildes auf einem öffentlichen Plage nicht zu. Die preisgekrönten Entwürfe für ein Kaiser-Denkmal, die aus dem feinerzeit ausgeschriebenen Wettbewerb hervorgegangen sind, haben im Museum am Dom Aufnahme gefunden. Dilem Vorgange und dem Beispiel der Stadt Merseburg folgend, die ein erst neuerdings vollendetes, ursprünglich für einen öffentlichen Platz bestimmtes Denkmal Friedrich Wilhelms III. im Garten ihres Museums untergebracht hat, stellt der Senat zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft:

das der Rat- und Bürgerklaus vom 8. März 1913 wegen Aufstellung des Tuillonschen Reiterdenkmals Kaiser Wilhelm I. auf einem öffentlichen Plage aufgehoben, das Standbild vielmehr unter Vorbehalt des staatlichen Eigentums als Kunst-

wert der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit zu Museumszwecken überwiesen werde.
Beschlüssen Lübeck, in der Versammlung des Senates, am 5. November 1921.

Dieser Senatsantrag gibt nicht nur am Tage vor der Bürgerschaftswahl zu denken. Formell entledigt sich der Senat nur eines früheren Bürgerschaftsbeschlusses. Immanent aber wirken sich Kräfte aus, die wir Sozialdemokraten mit dem Stichwort reaktionär bezeichnen. Und deshalb kann es für unsere Bürgerschaftskritik gar nichts anderes geben, als so zu handeln, daß man sich und Reiter niemals wiedersehen! Vertrag hin und Vertrag her, Kunst oder Kunstwert, nachdem sich das deutsche Volk seiner Unterdürer entledigt, müßte es mit hoffnungsloser Blindheit behaftet sein, wenn es jetzt noch nachträglich seine Reiter vereinnahmen wollte. Auch nicht in irgend einem Museumswinkel. Aus der Uebergabe des Denkmals an die Gesellschaft mit dem langen Namen unter staatlichem Eigentums-Vorbehalt schöpfen die Monarchisten die stille Hoffnung, eines schönen Tages einen richtigen Gaul vor den alten Helmskaiser zu stellen und diesen im Triumphzug auf den vorgesehenen Standort zu schleppen. Damit diese Hag nicht zerfällt werde, verfaßt man neue Sozialistengesetze, wie sie Wilhelm I. ohne Stempel seinem eisernen Bis-a-vis unterzeichnete. Einstweilen, bis es so weit ist, würde der bronzene Wilhelm mit seinem Ross im Museum als Zuluftstätte monarchistischer Schwärmer benutzt, wie er ja auch heute noch im Katharinenum für propagandistische Zwecke aufgehängt ist.

Betrachten wir doch einmal die Geschichte dieser republikanischen Monarchenverehrung. Im Jahre 1897 beschloß man, den alten Wilhelm als Glasmaske im Treppenhaus des Rathauses zu verewigen. Der sozialistische Bürgerausschuß hielt aber eine derartige Verehrung des „Siegens vieler Schächter“ nicht für würdig genug. Man wollte ein Reiterstandbild haben und das sollte auf dem Marktplatz stehen. Die Phrase lautete: „Der allgemeine Wunsch der Bevölkerung ist die Errichtung des Denkmals vor dem 100. Geburtstage des Monarchen.“ Der freisinnige Prof. Baehke wollte statt Marktplatz „öffentlicher Platz“ gesetzt sehen, doch wurde dieser Antrag abgelehnt und derjenige des Senats mit allen gegen eine Stimme angenommen. Am 22. März 1897 tröteten die „republikanischen“ Bürgerschaftsmitglieder zur Feier der Grundsteinlegung in die Börse. Dieser Grundstein vor dem Rathaus ist noch vorhanden. Am 26. Juni 1899 wurden 3938 Mk. für vorbereitende Arbeiten bewilligt. Ein Entwurf von Meßtrich fand keine Gnade, dagegen derjenige Tuillons. Damit war bis 1914 die Geschichte erledigt. Obwohl die Rot des Volkes bald stark anwuchs und die Spannung der Schaffender dringend erforderlich

Das Gemeindefind.

Erzählung von Marie von Ebner-Eschenbach.

1. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)
Die Amtshandlung, durch keinen Zwischenfall gestört, ging nach normalem Ablauf an behauptete Martin Holub, nicht er, sondern sein Weib habe das Verbrechen ausgeübt und ausgeführt und so ist die Unwahrscheinlichkeit dieser Behauptung ihm dargetan wurde, so oft wiederholte er sie. Dabei verrannte er sich in kein eigenes groß gesprochenes Lügenred und gab das wilde, hundertmal dagewesene Schauspiel des ruchlosen Wichtes, der zum Selbstankläger wird, indem er sich zu verteidigen sucht. Merkwürdig hingegen war das Verhalten der Frau.
Die Gleichförmigkeit ihrer Aussagen erinnerte an das bekannte: Non mi ricordo; sie lauteten unerschütterlich:
„Wie der Mann sagt. Was der Mann sagt.“
In seiner Anwesenheit stand sie regungslos, kaum atmend, den Angktschweiß auf der Stirn, die Augen mit todesbanger Frage auf ihn gerichtet. War er nicht im Saale, konnte sie ihn nicht sehen, so vermutete sie ihn doch in der Nähe; ihr schwerer Blick irrte suchend umher und heftete sich plötzlich mit grünenhafter Starrheit ins Leere. Das Aufklappen einer Tür, das leise Geräusch machte sie zittern und bebem, und erschauernd wiederholte sie ihr Sprüchlein:
„Wie der Mann sagt. Was der Mann sagt.“
Vergeblich wurde ihr zugerufen: „Du unterschreibst dein Todesurteil!“ — es machte keinen Eindruck auf sie, schreie sie nicht. Sie fürchtete nicht die Richter, nicht den Tod, sie fürchtete den Mann!
Und auf diese an Wahnsinn grenzende Angst vor ihrem Herrn und Peiniger betrieb sich ihr Anwalt und forderte in einer glänzenden Verteidigungsrede, in Anbetracht der zu Tage liegenden Unzurechnungsfähigkeit seiner Klienten, deren Losprechung. Die Losprechung nun konnte ihr nicht erteilt werden, aber verhältnismäßig mild war die Buße, die der Mitschuldigen an einem schweren Verbrechen auferlegt wurde. Das Verdikt lautete: „Tod durch den Strang für den Mann, zehnjähriger schwerer Kerker für die Frau.“
Barbara Holub trat ihre Strafe sogleich an. An Martin Holub wurde nach der gesetzlich bestimmten Frist das Urteil vollzogen.

Sobald die alte Dame erfuhr, um was es sich handelte, kam sie in den Hof geeilt, so rasch ihre Beine, von denen eines merklich kürzer als das andere war, es ihr erlaubten. Das scharf geschnittene Gesicht vorstreckte, die Brille auf der Nadelnase, die Ellbogen weit zurückgehoben, humpelte sie auf die Gruppe zu, die ihrer am Tor wartete. Der Bürgermeister, ein stattlicher Mann in den besten Jahren, zog den Hut und machte einen umfanglichen Krachfuß.

„Was will Er?“ sprach die Schlossfrau, indem sie ihn mit trüben Augen ansah. „Ich weiß, was Er will; aber da wird nichts daraus! um die Kinder der Strolche, die unsern braven Pfarrer erschlagen haben, kümmer' ich mich nicht. Da ist ja der Bub. Wie er aussieht! Ich kenn ihn; er hat mir Rischen gestohlen. Hat Er nicht?“ wendete sie sich an Bavel, der braunrot wurde und vor Unbehagen zu schielen begann.

„Warum antwortet Er nicht? warum nimmt Er die Mühe nicht ab?“

„Weil er keine hat,“ entschuldigte der Bürgermeister.

„So? was ist ihm denn da auf dem Kopf?“

„Struppiges Haar, freierliche Gnaden.“

Ein helles Lachen erscholl, verstummte aber sofort, als die Greisin den dünnen Zeigefinger drohend gegen die erhob, die es ausgehoben hatte.

„Und da ist das Mädel. Komm her.“

Milada näherte sich nervenausschlagend, und der Blick, den die Gutsfrau auf dem freundlichen Gesicht des Kindes ruhen ließ, verlor immer mehr von seiner Strenge. Er glitt über die kleine Gestalt und über die Lumpen, von denen sie umhangen war, und heftete sich auf die schlanken Füßchen, die der Staub grau gefärbt hatte.

Einer der plötzlichen Stimmungswechsel, denen die alte Dame unterworfen war, trat ein.

„Allenfalls das Mädel,“ begann sie von neuem, „will ich der Gemeinde abnehmen. Obwohl ich wirklich nicht weiß, wie ich dazu komme, etwas zu tun für die Gemeinde. Aber das weiß ich, das Kind geht zugrunde bei euch, und wie kommt das Kind dazu, bei euch zugrunde zu gehen?“

Der Bürgermeister wollte sich eine bescheidene Erwiderung erlauben.

„Ach Er lieber nicht,“ fiel die Gutsfrau ihm ins Wort, „ich weiß alles. Die Kinder, für welche die Gemeinde das Schulgeld bezahlen soll, können mit zwölf Jahren das A vom Z nicht unterscheiden.“

Der Bürgermeister gehorchte ihrem entlassenden Wink hocherzert, die Hälfte der neuen, seinem Dorfe zugefallenen Last losgeworden zu sein. Bavel folgte ihm bis ans Ende des Hofes. Dort blieb er stehen und sah sich nach der Schwester um. Es war schon eine Dienerin herbeigeeilt, der die gnädige Frau Anordnungen in bezug auf Milada erteilte.

„Badel,“ hieß es, „die Lumpen verbrennen, Kleider anschauen aus dem Vorrat für Weihnachten.“

„Befehmt Sie auch etwas zu essen?“ fuhr es Bavel durch den Sinn. Sie ist gewiß hungrig. Seitdem er dachte, war es seine wichtigste Obliegenheit gewesen, das Kind vor Hunger zu schützen. Kleider haben ist schon gut, haben auch nicht übel, besonders in großer Gesellschaft in der Pferdeschwemme. — Wie oft hatte Bavel die Kleine hingetragen und sie im Wasser plätschern lassen mit Händen und Füßen! — Aber die Hauptsache bleibt doch — nicht hungern.

„Sag, hast du hungrig bist!“ rief der Junge seiner Schwester ermahnend zu.

„Neht ist der Kerl noch da! wirft dich trocken?“ hallte es vom Schlosse herüber.

Der Bürgermeister, der schon um die Ecke des Gartenzaunes biegen wollte, kehrte um, sagte Bavel am Tragen und zog ihn mit sich fort.

Drei Tage dauerten die Beratungen der Gemeindevorstände über Bavel's Schicksal. Endlich kam ihnen ein guter Gedanke, den sie sich heilten, auszuführen. Eine Deputation bog sich ins Schloß und stellte an die Frau Baronin das unterkänigste Ansuchen: weil sie schon so dohrotiva (allergütigst) geweten, sich der Tochter des unglücklichen Holub anzunehmen, möge sie sich nun auch seines Sohnes annehmen.

Der Befehl, den die Väter des Dorfes erteilten, lautete hoffnungslos verneinend, und die Beratungen wurden wieder aufgenommen.

Was tun?

„Das in solchen Fällen Gewöhnliche,“ meinte der Bürgermeister, „der Bub geht von Haus zu Haus und findet jeden Tag bei einem andern Bauern Verköstigung und Unterstand.“

Alle Bauern lehnten ab. Keiner wünschte, den Sprößling der Kaufmörder zum Hausgenossen der eigenen Sprößlinge zu machen, wenn auch nur einen Tag lang in vier oder fünf Wochen.

Zulezt wurde man darüber einig: Der Junge bleib, wo er ist — wo ja sein eigener Vater ihn hingegeben hat: bei dem Spitzbuben, dem Gemeindefindern.

Freilich, wenn die Gemeinde sich den Lügen eines Gewissens gestatten dürfte, würde es gegen dieses Lustmittlemittel protestieren. Der Hirt (er führte den klassischen Namen Birgil) und sein Weib gehörten samt den Häusern, bei denen sie wohnen, zu den Herrschaften des Dries. Er war ein Trunkbräuer. Sie kochten und dörrten, hatte wiederholt wegen ihrer Unvorsichtigkeit vor Gericht gestanden, ohne sich dadurch in der Art ihrer dunklen Gewerbes betreten zu lassen.

pd. Einbruchsdiebstahl. Freitag M in einem Hause der Lindenstraße ein Einbruchsdiebstahl ausgeführt. Bei dem Diebe eine goldene Damenuhr mit silbernem Armband, ein goldenes Kettenarmband, eine goldene doppelreihige Halskette, eine silberne Fork und 18 silberne Kaffeelöffel in die Hände gefallen sind.

Moitling. Eine gutbesuchte Volksversammlung tagte hier am Donnerstag. Genosse Gustav Ehlers leitete in großen Zügen, was die Sozialdemokratische Partei in den letzten drei Jahren für die Allgemeinheit getan, dabei die Taten der bürgerlichen Parteien gegenüberstellend. Redner zerpfückte die Listen, die heute von der bürgerlichen Seite aufgestellt werden, um die Wähler für sich einzufangen, eingehend, und forderte zum Schluss alle Anwesenden auf, am Wahltage nur von dem Stimmzettel Gebrauch zu machen, der auf den Namen Gustav Ehlers lautet. In der Diskussion langweilte der Kommunist Windisch die Versammlung mit trausen Reden. In seinem Schlusswort zerpfückte Genosse Ehlers die Reden Windischs, der glaubte, durch andauernde Unterbrechungen noch etwas für sich oder seine Partei retten zu können. Ein nochmaliger Appell an die Versammlung, am 13. November ihre Schuldigkeit zu tun, und ein ferniges Schlusswort des Vorsitzenden Genossen Meyer beendete diese Versammlung.

Hinweis auf Versammlungen, Theater usw.
Die Bekanntgabe des **Wahlergebnisses** erfolgt Sonntag abend „Gewerkschaftshaus“.

Hansa-Theater. Heute Sonnabend: Ihre Hoheit — die Tänzerin. Sonntag nachmittag 3 Uhr zu ganz kleinen Preisen um letzten Male „Der Frohschönig“ und abends 7 1/2 Uhr „Der seltsame Balduin“.

Stadttheater. Sonntag: einmaliges Gastspiel von Frau Inoe Thorken vom Hamburger Stadttheater in „Mignon“ als „Philine“. Am Dienstag wird auf vielfachen Wunsch „Fatale“ und „Perlmutter“ (saurer Thron) wiederholt. Auf das einmalige Gastspiel von Thessa Went als „Opfertiene“ am Freitag, dem 18. November, weisen wir schon heute hin.

Angrenzende Gebiete.

Kensfeld. Die Wahllisten für den Landesausschuss und die Gemeindevertretung liegen beim Gemeindevorsteher aus. Um das Einsichtnehmen zu erleichtern, liegen am Sonntag, dem 18., morgens von 9—12 Uhr Abschriften aus (also morgen!) in Cleverbrück im Restaurant für Cleverbrück, Cleverhof und Cl.-Landwehr; in Kensfeld bei Aug. Grabbet, Mühlenstraße; in Parin bei Arb. Joh. Schüg. Jeder überzeugt sich selbst von der Eintragung seines Namens.

Aus aller Welt.

Drei Zentner Silbergeld beschlagnahmt. Beamten der Berliner Kriminalpolizei war bekannt geworden, daß in der Silber-Schmelze von Illi und Sauermann in der Neuen Grünstraße deutsches Silbergeld aufgefälscht und geschmolzen wurde. Die Ableser waren hauptsächlich Gallier, die trotz des Verbots Silbergeld aufkauften und nach der Schmelze brachten. Vorgefunden waren wieder mehrere verdächtige Personen mit Paketen in der Schmelze. Das veranlaßte die Beamten, gestern nachmittag überraschend in die Schmelze einzudringen. Sie trafen die Leute gerade dabei, als die Schmelzöfen glühten und auf der Kofsgut Tiegel mit deutschem Silbergeld standen. Der Prozeß war noch nicht soweit fortgeschritten, daß die Masse nicht mehr zu erkennen war. Die Beamten sahen so, daß es sich um Silbergeld handelte, und ließen dieses auch fertig schmelzen, in Barren gießen und abfüllen. Dann wurden diese beschlagnahmt. Außerdem wurden bei einer Durchsichtung noch in alten Emaille-eimern Silberstücke von 50 Pfg. bis 5 Mk. vorgefunden und gleichfalls beschlagnahmt. Am ganzen wurden fünf Barren eingele-

schmolzenes Silber und sieben Beutel mit gemünztem Gelde nach dem Polizeipräsidium gebracht, zusammen ungefähr drei Zentner.

Frost und Schnee. Ueber die Witterungsverhältnisse im Reich liegen folgende Meldungen vor: Die Kälte hat sich in Süddeutschland weiter gesteigert und die Temperaturen sind in der Rheinebene und im Schwarzwald bis zu 13 Grad unter Null gesunken. Aus dem Schweizer Alpenvorland werden noch höhere Kältezahlen gemeldet. So berichten die schweizerischen alpinen Beobachtungen, wie Säntis und Nigai 21 bis 23 Grad Kälte bei heftigem Nordsturm. In Westdeutschland ist nach Schneefällen Frost bis zu 10 Grad Kälte mit schwerem Ostwind eingetreten, und die Schneedecke in der Höhe von 600 Metern schon fest geschlossen. — In Schlessien sind überall erhebliche Schneefälle eingetreten. Von allen Seiten werden auch starke Nachfröste gemeldet. — In Ostpreußen herrscht bereits strengste Kälte. So sind in Memel heute morgen 12 Grad Kälte festgestellt worden. — Auch in Winterpommern ist es im Laufe der Nacht Winter geworden. Es wurden überall 9 und 10 Grad Kälte verzeichnet.

Wegen eines Steinwurfs erschossen. Auf dem Gute Jarrentin bei Karmen in Vorpommern erschloß der Inspektor Reichardt den 13jährigen Sohn der Kriegswitwe Kellen, angeblich, weil der Knabe nach einem Huhn geworfen habe. Der Täter wurde verhaftet.

Das Großfeuer auf dem Braeger Flugplatz. Der auf dem Militärflugplatz Schell bei Rag ausgebrochene Brand war katastrophal. Wie „Pravo Pidu“ meldet, sind 46 Flugmotoren und 28 Flugzeuge verbrannt. Der Schaden wird auf 25 Millionen geschätzt. Die Ursache des Brandes dürfte Brandstiftung sein.

Theater und Musik.

„Siegfried“, zweiter Tag der Trilogie „Der Ring des Nibelungen“ von Rich. Wagner. Schon während der „Nordischen Woche“ gelangte „Siegfried“ in dieser Spielzeit hier zur Aufführung. Damals mit allerersten Kräften deutscher Opernbühnen. Am Freitag zeigten unsere einheimischen Künstler, daß auch sie den gewaltigen Anforderungen, die das Werk an sie stellt, in achtunggebender Weise gemessen sind, daß Fleiß und Können sie zur Bewältigung und geistigen Durchdringung ihrer Partien befähigen. Nur für den Siegfried selbst war infolge Erkrankung unseres heimischen Vertreters ein Gast angewonnen worden. Herr Georg Schmieler aus Hannover. Ein Drahtentwiler von großem körperlichen Ausmaße, eine mächtige Gestalt, jedoch nicht mehr von jugendlichem Neuhorn, nicht mehr jugendfrische im Klang der Stimme. Der Ton war oft rau und nicht sehr kulturneri. Eine vielnerhebende und schon sehr hochbeutige Leistung hat Frau Senften-Petersen als Brünnhilde. Gesanglich warm und kraftvoll, hatte ihre Darstellung Größe und Reizhaftigkeit. Als Wanderer hat Herr Diek persönlich und im Ausdruck die beste seiner Notensachstalten. Die Erde des Hrl. Kehrback hinterließ guten Eindruck. Den Mime zeichnete Herr Schüttge recht annehmbar. Die übrigen Partien waren wie im September besetzt. Herr v. Bongardt hatte einige interessante Verbesserungen, besonders im ersten Bild, vorgenommen. Das Orchester unter Mannstaedt tat seine Schuldigkeit in vollem Maße. So konnte das zahlreiche Publikum über einen genuehreichen Abend mit diesem Beifall quittieren.

Das Wetter der Woche.

Von der Dauenburgischen Wetterwarte in Mülln.
(Nachdruck verboten.) Mülln, 10. November.
Zunächst können wir feststellen, daß der für den 7. Nov. von uns vorausgesagte Sturm aus SW. bis NW. pünktlich eingetreten ist, ebenso der um den 8. angekündigte Temperatursturz mit Frost und leichten Schneefällen. Am 7. und in der folgenden Nacht fiel in ganz NW. und N.-Deutschland der erste Schnee dieses Herbstes. — Im Laufe des 8. zog von W. her ein Hochdruckgebiet heran, daß sich in den nächsten Tagen (9. 11.) über den größten Teil Deutschlands ausbreitete und dabei eine außerordentliche Höhe wie gleichmäßige Ausdehnung erreichte. Der Hochdruckern lag am 10. vorm. mit 782 mm (auf 0° C. und den Meerespiegel berechnet) über dem südlichen Ostseegebiet und

NW.-Deutschland. — In der nächsten Woche (13.—19. November, einchl.) liegt die Witterung unseres Bezirkes zunächst noch unter dem Einfluß des obigen Hochs, das im Gegenlag zu den Tiefdruckgebieten die Westküste besetzt. längere Zeit keine Lage nötig zu verändern, fast stationär zu bleiben und sodann nur langsam ost- bzw. südsüdwestwärts abzuweichen. Es muß daher mindestens für die erste Hälfte der Woche mit kaltem, heiteren, trockenem Frostwetter im Binnenlande wie im Ostseegebiet gerechnet werden, wobei die Kälte anfangs noch zumittel und stellenweise 12—14° C. erreicht. Um den 15. Nov. erwarten wir mit dem Auftreten einer kräftigen westlichen atmosphärischen Störung vom Westen den **Verfuch einer Wetteränderung**: Wolkenbildung und Abnahme der Kälte bei SO. bis S.-Winden. Doch dürfte die Kälteperiode erst um den 17. Nov. bezw. 20. Nov. beendet sein, wo bei härteren S. und SW.-Winden mit niedrigem Luftdruck Erlebung und Niederschläge verbreitet eintreten. Am einzelnen: 13. und 14. November: Kaltes, heiteres bis wolkenloses trockenes Frostwetter. Teilweise windstill. Später leichte bis schwache NO. bis O.-Winde. Frost zunächst noch zunehmend. 15. November: Im Westen zeitweise wolkig, sonst heiter, mäßige SO. bis S.-Winde. Frost im W. (Nordsee-Stiftungsgebiet) und NW. abnehmend. Frost bis auf vereinzelte leichte Schneefälle im W. 16. November: Im S. und O. vorwiegend heiteres, trockenes Frostwetter; im übrigen zunehmend bewölkt, aufsteigende S.-Winde, Temperatur erhöht. Vereinzelte Schneefälle. Leichter, abnehmender Frost. 17. November: Milde, starkwolkig bis trübe, stark aufsteigende S. bis SW.-Winde; Tauwetter im ganzen Bezirk. Verbreitete Schnee- und Regenfälle. 18. November: Wenig Änderung bei starken S.W. bis NW.-Winden. 19. Nov.: Nimmlich mild, unbedeutend, böige, starke W. und NW.-Winde. Regen, Schnee- und Graupelschauer. Nachtfrost.

Quittung.

Für den Wahlfonds gingen ein:

Arbeiter der L. M. G.	178.—	Mk.
Arbeiter der Glendnerwerk	52.—	„
Arb. d. Kochschen Wert (Maschinenb.)	181.—	„
Arb. d. Kochschen Wert (Schlosserei)	83.—	„
Arbeiter des Kohlenachstältes Uter	30.—	„
Arbeiter der L. M. G. durch Krogmann	65.—	„
Techn. Personal Druckerei Colemann	156.—	„
Techn. Personal Fab. Ballstbote	72.—	„
Arbeiterchaft Moorquarten	58.—	„
Arbeiterchaft der Arb.-Bau-Genossensch.	95.—	„
Arbeiterchaft Torfuhl (Fabrik)	95.—	„
Arbeiterchaft Torfuhl (Baustelle Wert)	111.—	„
Arbeiterchaft Schertelg u. Röck	201.—	„
Arbeiterchaft Dingje u. Etch	43.50	„
Arbeiterchaft Schönböden	108.50	„
Arbeiterchaft Ruz u. Co.	52.—	„
Arb. Schwefelfabrik Dänischburg	122.50	„
Kesselschmiede der L. M. G.	182.—	„
Metterschaft der L. M. G.	270.—	„
Schneider	44.—	„
Genossin Die	202.—	„
Haufschlofer, Klempner und Schmiede	114 10	„
Durch Genossen U. Wiele	84.—	„
Hallüberichs Hofhofenwerk	100.—	„
Straßenbahner, Depot Finkenstraße	174.—	„
Werkstättenarbeiter, Depot Rinkenstraße	52 50	„
Straßenbahner, Depot Koedstraße	118.50	„
Arbeiter von Gebrüder Müller	83.—	„
Beamte und Anestellte des Polizeiamts	182.—	„
Kochsche Wert (Kesselschmiede)	52.—	„
Von einer Förderin d. Arbeiterbewegung 5000.—		„

Das Parteisekretariat.

Kein schmerzhaftes Rasieren mehr!
Die neue haarverwählende Rasierseife LEOSIRA ermöglicht auch bei jedem Barbier u. empfindlicher Haut ein leichtes, angenehmes Rasieren. Kein schmerzhaftes Brennen der Haut nach dem Rasieren. Gabelseife Schaumbräu, sparsam im Gebrauch, außerdem billig. Preis 3 Mk.
Wo Sie die bekannte Chlorodont-Zahnpaste kaufen, erhalten Sie auch Leosira-Rasierseife. Ebenfalls durch Laboratorium LEO, Dresden-N. 6.

MAGGI Fleischbrüh-Würfel sind mit allerbestem Fleischextrakt hergestellt und enthalten feinste Gemüseauszüge. (8988)
Der Name **MAGGI** bürgt für vorzügliche Qualität!

Personenstandsaufnahme.
Die Hausbesitzer und Haushaltungsvorstände, die ihre Wohnungslisten bisher nicht zurückgeleitet haben, werden nochmals bei Vermeidung der gesetzlichen Strafen aufgefordert, die Listen nunmehr **sofort** einzureichen.
9022 **Das Stallische Amt.**

Neunter Nachtrag
zu der Verordnung über das öffentliche Fuhrwesen in Lübeck vom 10. April 1912.
(Veröffentlicht am 13. November 1921.)
Bei Benutzung von Kraftfahrzeugen darf bis auf weiteres der Fuhrman in der Stadt und den Vorstädten das Fünftechnische des in dem dritten Nachtrage zu der oben bezeichneten Verordnung vom 30. Januar 1917 festgesetzten Gesamtpreises oder des vom Fahrpreisanzeiger 8 angegebenen Fahrpreises erhoben werden.
Lübeck, den 12. November 1921. (9028) **Das Polizeiamt.**

Für erwiesene Aufmerksamkeit und Geschenke zu meinem 25jähr. Jubiläum sage ich hierdurch allen, besonders meinen Kollegen des Gaswerkes II, meinen herzl. Dank.
Heinrich Schlichte.
Für die vielen Aufmerksamkeit und Belobung danken herzlichst 9014 **C. Müller und Frau.**
Zu vert. 1 Paar fast neue Herren-Gasch. 9005 **Gebrüder 49, III.**

Nach längeren schweren Leiden entschlief am Freitag morgen 11 1/2 Uhr meine innigstgeliebte Frau, meiner Kinder treuherzige Mutter, Schwester und Schwägerin **Anna Wulff** geb. Lender im 58. Lebensjahre. In tiefer Trauer im Namen der Hinterbliebenen **Heinrich Wulff.**
Die Beerdigung findet am Montag nachm. 8 Uhr vom Sterbehause Kensfeld, Schnoosstr. 11. aus statt. (9004)

Entlaufen ein kleiner brauner Hund. Abzug. Ahrensböcker Str. 17, 9008) Etodeledorf.
Heut. Sonntagabend Dr. Petersen, Menckstr. 16. Dr. Diederichs, Sügd. 20. Dr. Hofstätter, Motel 21.2.
Dr. H. Prahl Frauenarzt u. d. HeHe zurück.
II. Schmitz Uhrmacher, Reubens-Platz 20. Garantie Wecker- und Hand-Uhren, Gold- und Silber-Waren. (8976)
Laden-G.-Lampe billig zu verkaufen (9012) Timm, Rohannisstr. 46. II.
Fertige Zugänge billig zu verkaufen. Hab, Geveckestr. 26. 9007) Telephon 3006.
W. Bertel u. Zug. billig. Beier, Borwerf, 8992) Bogenstr. 5a.
Ca Zsigler zu verkaufen. (8999) Boldt, Kottwischtr. 20/22.

Homöopathische Heilpraxis!
Behandlung von Krankheiten durch Anwendung von Magnetismus, Elektrizität und Heilkräutern 8967
Sprechstunde: vorm. 10—12 nachm. 3—5. Beratung kostenlos!
A. Darsenow Chemiker Am Burgfeld 31.

Beitragsmarken
für Vereine, Gewerkschaften
fertigt an u. liefert prompt, preiswert und in jeder Ausführung
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co. Johannisstraße 46.

ist ein gutes und billiges
„Wurf“ Seifenpulver
frei von schädlichen Bestandteilen.
Das Pfund-Paket 3.50 Mk. Überall erhältlich! Hersteller: Wasch- u. Reinigungsmittel-Fabrik Laback. (8968)
Kontor: Mühlensstraße 21. Fernspr. 8295.

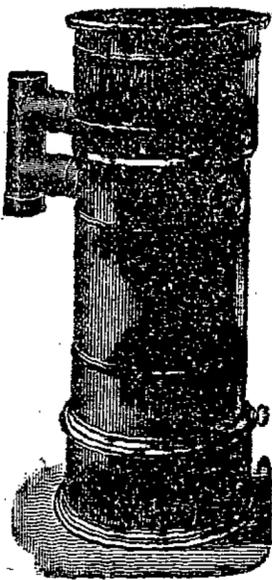
Das billigste Feuerungsmaterial
Kotsbries
Mk. 20.00 per Ztr. ab Lager
Geniner Ufer bei d. Gasanstalt.
Possehl's Kohlenhandel. (8995)

Ankauf rohen Fellen aller Art
zu höchsten Preisen bei reeller Abnahme.
Zunahme von Fellen zum Gerben.
J. L. Würzburg
Fell- u. Haar-Großhandlung (9001) Wahnstr. 22a. Fernspr. 753.



Halbpreise Schuhreparaturen
 liefern
 Karl Obst, am Brühl 11h. Johs. Voss, Büxw. 9h.

Der gute
Thermidor
 Der Ofen der Zukunft.



Bequem!
 Wirksam!
 Billig!
 Sauber!

Denkbar sauberste Heizung!
 in 5 Min. strahlende Wärme!
 Erwärmt in 20 Min. normale Räume!
 Keine Schlacken!
 Keine Rückstände!
 Kein Nachfüllen!

An jedem Kachelofen anzuschließen.

Viele Anerkennungen.
Tausende im Gebrauch
 Höchstens 1.80 Mark
 Brennstoff werden in 8-10 Stk. verbraucht.

Brennmaterial
 wird garantiert von mir geliefert.

Sonder-Fabrikate!
 für Säle, Kirchen, Fabriken, Theater usw.
 Ferner empfehle ich: (8859)

Thermidor-Küchenherde mit Backofen
 Thermidor-Bachhauben
 Thermidor-Badöfen
 Thermidor-Kachel-Herde und Ofen
 Thermidor-Leimöfen auch mit großer
 Trockenplatte für Holzbearbeitung.

Georg Krach
 Lübeck, Glockengießerstr. 50. Travemünde, Vorderreihe 49.
 Tel. 8445. Tel. 177.

 Kanin-, Hasen-, Raben-, Fuchs-, Warden-, Zittler-, Kelle-, sowie Manufakturwaren (8978)

kauft zu den höchsten Marktpreisen.
Polz-Spezialgeschäft Hermann Boy,
 Sandtrage 21, gegenüber Hotel Stadt Hamburg.

Die Kunst des Waschens

besteht nicht allein in der richtigen Behandlung der Wäsche, sondern vor allem in der richtigen Wahl der Waschmittel. Diese müssen ohne Schärfe sein, das Gewebe nicht angreifen, eine schöne fette Lauge geben, Schmutz, Staub usw. völlig lösen. Alle diese Vorzüge vereinigt in sich

PERSIL

das allbewährte und überaus beliebte selbsttätige Waschmittel in höchster Vollendung. Aber es leistet infolge seiner hervorragenden Eigenschaften noch weit mehr, nämlich:

Es wäscht und bleicht gleichzeitig, verkürzt die Waschdauer, ermöglicht also

schonste Waschen! Es erfordert keinen weiteren Zusatz von Seife, Seifenpulver usw., daher . . . **sparen Sie Geld!**

Während Sie Ihr Essen bereiten oder Ihren Kaffee kochen, können Sie die gleiche Herdhitze zum Waschen ausnützen, also

keine Extrafeuerung! Dadurch und weil nur einmaliges viertelstündiges Kochen nötig . . . **sparen Sie Kosten!**

Während Sie Ihrer Arbeit nachgehen, verrichtet Persil das Waschen für Sie vollständig selbsttätig, ohne Waschbrett oder Maschine, daher **keine Arbeitsbehinderung!** Denn es wäscht ganz von selbst, völlig mühelos ohne Reiben und Bürsten, daher . . . **sparen Sie Arbeit!**

Persil erspart die Rasenbleiche, gibt einen frischen, duftenden Geruch und macht, mag sie noch so schmutzig sein

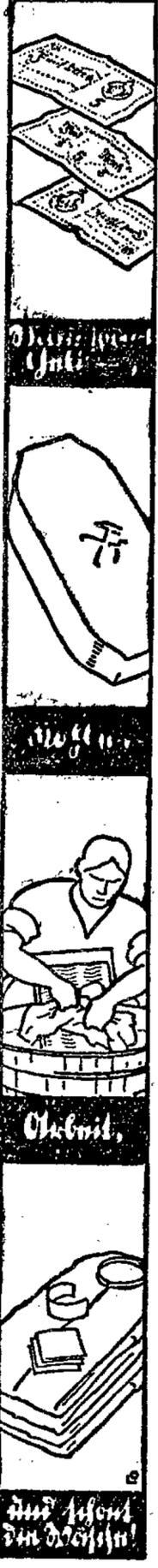
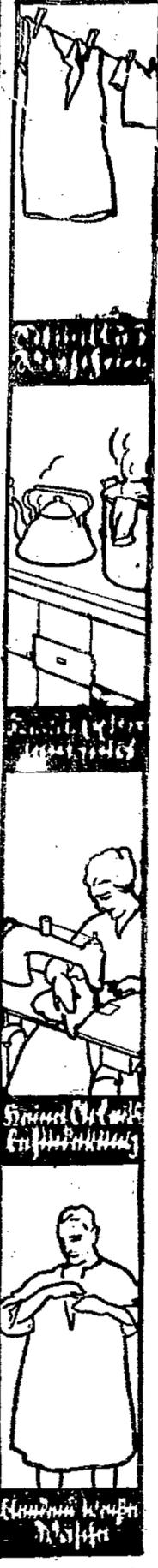
blendendweiße Wäsche! Es löst Schmutz und Staub völlig, entfernt die hartnäckigsten Flecken und greift das Gewebe nicht an, daher **schonen Sie die Wäsche!**

Alle diese Vorteile erlangen Sie durch Gebrauch von Persil. Es ist jetzt wieder in Friedens-Qualität überall zu haben und nicht nur das beste, sondern vor allem

das allein richtige Waschmittel!

Nur in Original-Packung, niemals fosc!

Alleinige Hersteller: **Henkel & Cie. Düsseldorf** auch der allbekanntesten „HENKO“ Henkel's Wasch- und Bleich-Soda



Delze

sind zirka **40% billiger** als im Vorjahre, die Preise für Pelzfelle sind schon wieder im Steigen begriffen. Kaufen Sie daher rechtzeitig. Ich biete an große Posten **Skunks-Zobel, Patagonia-Kanin, große Fuchsform Mk. 145.-, Alaska-Füchse Mk. 375.-** sowie alle anderen Pelzarten. (9008)
 Spezialität: **Feinste Natur-Skunk.** Reparaturen jetzt noch schnell u. preiswert. Kostenschläge bereitwilligst.

Pelzhaus Friedrich Zimmermann
 Königstraße 24, Ecke Pfaffenstraße

2 Waggon la. norwegische Fettheringe
 ganz vorzüglich zum Einlegen **das Stück 50 Pfg.** solange der Vorrat reicht. Einwickelpapier bitte mitzubringen. (8977)

H. H. Koltermann
 Marktwiese 4
 Telefon 1336.

la. Feigen Datteln
 per Pfd. 14. 1/4 Pfd. 3.50
 1. Kart. 3.50, 19 50 Mk.
Ferd. Kayser.

Asthma
 kann geheilt werden. Sprechstunde in Lübeck, Lindenstr. 3 a (Benjamin Delms) jeden Freitag von 10-1 Uhr. (8969)
Dr. med. Alberts,
 Spea.-Arzt, Berlin S. W. 11.

Für **Minderbemittelte!**

Neu eingetroffen!

Die letzte **Sendung Reichsware** (8962)

Herren-Anzüge auf Futter, Jackett, Hose und Weste 175.-
 Winter für Herren 75.-
 1 Posten Wienerlein Wollenschrützen
 Wiener Form, mit Latz und Träger 19.95
 Wiener Form, mit Latz und Träger 29.50

Diese Schürzen stammen aus ganz alten Abschlässen.

Johannes Holst
 Markt Lübeck Kohlmarkt

Umpressen
 v. Kanten- u. Kanten-Blüten auf verschiedene Formen. Gern. Keiligen u. Färben.
G. Stamer & Mariens, Siroa- u. Filzdruckmaschinen u. dgl. Mt.
 23 Fleischhauerstraße 25 (918)
 Auch mit tags geöffnet. — Schnelle Lieferung. — Tadellose Ausführung.

Ich habe in meinem Hause **Mühlenstr. 44** ein besonderes Verkaufslokal eröffnet für **Rieschels Patent-Wellsieb-Grudeherde.** Sachverständige Leitung. * Große Auswahl zu noch günstigen Preisen. * Dasselbst Verkauf von Ia. Grudekoks.

Adolf Borgfeldt, Lübeck
 Inhaber: **Herrn. Kubli.** Telefon 672.

Lübecker Weinhaus
VOIGT
 Fleischhauerstr. 14
 Weine Liköre Spirituosen.
 (8884)

Verkaufsstelle **der Mittelstands-Selbsthilfe**
 eröffnet Dienstag und Freitag
 von 11-12 Uhr, Reibstraße 10.

Dr. A. Ott,
 Zahn- u. Mundchirurg
 Jungfernst. 2

Wiesath's Puppen-Klinik
 Sandstr. 9.
 Geöffnet von 8-1, 3-6

Kunsthandlung Möller, Mühlenstr.
 14. bis 28. November
 Ausstellung von Gemälden, Handzeichnungen und Radierungen
 von **Leopold Thieme.**
 Eintritt frei.

Schaffstiefel - Arbeitstiefel
 Noch wirklich preiswerte Angebote
 Ein Posten (9021)
Starke Arbeitstiefel 145.-
 Ein Posten
Schaffstiefel 245.-
 Elegante Damentiefel . . . 195.-
 Elegante Halbchuhe 110.- 175.-
 Eleg. Herrenstiefel 220.-
 Elegante Panischuhe, Pantoffeln.
Ein Post. Damentonfektion
 Damenmäntel 125.- 250.- 450.-
 Kostüm 145.- 275.- 650.-
 Röcke 25, 68, 95. Blusen 59, 75, 98.
 1 Posten Herrenanzüge . . . 295.-
 do. Winter, Winter 375.- 425.-
 Lederschuhe von 135.- an
 Starke Arbeitshosen von 78.- an
 Wummantel 445.-
 1 Posten Ledermantel . . . 175.-

Ehlers & Reetwisch
 Holstenstr. 1 - St. Petri 2 u. 4.

Eine Enttäuschung und die Lehre daraus.

„Aussprechen was ist.“ Dieser Satz, der schon Millionen Male in der sozialistischen Presse stand und der ein Erstklad ist aus besseren Zeiten — nicht äußerlich, wohl aber innerlich besseren Zeiten der Sozialdemokratie — scheint heute etwas in Vergessenheit geraten zu sein. Wir wollen ihn aber nicht vergessen und sagen deshalb, die Berliner Revolutionsfeier brachte eine Enttäuschung. Wer die großen Tage des Berliner Proletariats kennt und erlebt hat, der mußte die breiten Rücken auf den bekannten großen Versammlungsplätzen Berlins mit schmerzlichem Gefühl überblicken. Das einzige, was an der Berliner Revolutionsfeier hervorsticht, und was den Berliner Arbeitern gefiel, weil es der Bourgeoisie mißfiel, das waren die „Zehn Minuten“ der Berliner Hoch- und Untergrundbahn. „Alle Räder stehen still.“ Wie oft haben wir Proletarier dieses Lied gesungen! Wie oft hat die Bourgeoisie diesem Liede mit gemischten Gefühlen zu gehört! Heute? Heute macht sie sich wieder lustig über die Arbeiter, und die gepugten Herren und Damen auf dem Bürgersteig lächeln wieder, wenn die Arbeiterscharen zu ihren Versammlungsplätzen ziehen. Wir haben es weit gebracht und die Arbeiter der Hochbahn hatten einen ganz richtigen Instinkt, wenn sie sich sagten: Na, zum Teufel, etwas muß doch am neunten November geschehen, das den Stinnesknechten zeigt, daß das Proletariat doch immer noch da ist. Und zehn Minuten lang standen die Räder der Hochbahn still. Das war das einzige, was in Berlin am dritten Jahrestag der Revolution noch Eindruck machte. Aber sonst?

Noch so schneidige und forsche Leitartikel schaffen die Enttäuschung der Arbeiterschaft nicht aus der Welt. Nicht darüber sind die Arbeiter enttäuscht, daß die Sozialdemokratie keine Wunder wirkt und Unmögliches nicht möglich macht. Es ist etwas anderes. Die Masse fühlt, — ihr Gefühl ist unbestechlich — daß zwischen Führern und Masse, zwischen oben und unten in der Partei nicht der feste menschliche Kontakt besteht, der früher da war, als die Parteien noch klein, noch arm und noch keine Karriere gemacht hatte. Es klingt wie ein Märchen, wenn man sich daran erinnert, daß die Sozialisten einmal in Berlin daran gedacht haben, ein großes Haus zu schaffen, einen Treffpunkt des Proletariats in freien Stunden. Die Führer tauchen nicht mehr in die Masse zurück. Das Beispiel des großen Diktators, der Rom rettete und von der höchsten Stelle des Staates wieder zu seinem Flug zurückkehrte, hätte auch heute in der neuen deutschen Republik mehr Nachahmung finden sollen. Worte befehlen nur, aber Beispiele reißten hin. Wo sind die großen leuchtenden Beispiele, die auf die Massen aufwühlend und hinreißend wirken?

Die Massen sind müde — sagen die Bestimmten und Zweifler. Soweit aber Berlin in Frage kommt, zeigen die Proletarier mehr Energie als man oben vermutet. Der große Holzarbeiterstreik und der große Kellnerstreik, der 5½ Wochen dauerte sind jedenfalls keine Beweise für die Müdigkeit des Proletariats. Kampfeskraft und Kampfesfreudigkeit sind da. Aber was versteht der Arbeiter nicht? Er versteht nicht, daß die Führer in wichtigen Fragen, die förmlich nach einer Lösung schreien, nicht zu einem Resultat kommen können. Da ist die Frage der Einigung. Jeder Arbeiter fühlt richtig, daß das Proletariat heute überhaupt nur noch etwas erreichen kann, wenn es sein gesamtes Gewicht in die Waagschale wirft. Die Nationalliberale Korrespon-

denz der Deutschen Volkspartei sprach nur das aus, was die gesamte Bourgeoisie erstrebt: Heranziehung der Sozialdemokratie zum Bürgertum, um die Klust innerhalb der Arbeiterschaft zu verengen. Die Herstellung einer allumfassenden Internationale ist für das Proletariat so notwendig, wie das liebe Brot. Die Gegenrevolution arbeitet international in Europa und die Arbeiterschaft ist verloren, wenn sie der europäischen Reaktion keinen festen einheitlichen Block entgegenstücken kann. Man redet in London, man redet in Paris, man redet und schreibt bei uns dies und das über die Einigung, aber der Arbeiter will Taten sehen. Der Arbeiter hat recht, wenn er drängt; denn der Kapitalismus ist fieberhaft tätig. Sehen wir uns nur das Ausflühen und Erstarken der Presse der Bourgeoisie, der Presse des Stinnes an. Auf dem französischen sozialistischen Kongress hat man sich wieder einmal über den Ausbau der sozialistischen Presse, über die Schaffung einer sozialistischen internationalen Nachrichtenorganisation und dergleichen unterhalten. Davon sprach Kurt Eisner schon 1919 in Bern. Heute schreiben wir 1921. Den Gewerkschaften wurde schon verschiedentlich gesagt, wie leicht es wäre, im Laufe von einigen Jahren einen ganzen Stab von international gebildeten Arbeitern und Journalisten zu schaffen. Ohne übermäßig große Kosten. Aber wir sehen nicht, daß etwas Ernsthaftes zur Förderung der sozialistischen Presse vor allem in außenpolitischer Hinsicht geschieht. Wir leben von den Brosamen der Presse der Bourgeoisie.

Mehr Leben, rascheres Zutreten und Handeln dort, wo es sich um unbedingt notwendige Dinge handelt. Eile tut not in einer Zeit, wo die Ereignisse sich überstürzen. Der Ausgang der Berliner Stadtverordnetenwahlen bedeutete bereits eine Warnung. Die eilige Kälte, mit der ein großer Teil des Berliner Proletariats das Experiment der großen Koalition aufnahm und jetzt der Schatten, der über dem dritten Jahrestag der deutschen Revolution lag, sind ebenfalls Warnungszeichen.

Bayerische Zustände.

Die Festungsgefangenen in Niederschönenfeld.

Schon vor einiger Zeit hatte die sozialistische Presse wiederholt Veranlassung, sich mit den auf der bayerischen Festung Niederschönenfeld herrschenden Zuständen zu beschäftigen. Konnte man damals noch annehmen, daß die Verantwortung für das schamlose Treiben der Vollstreckungsbehörden das Regiment Rahr-Boehner-Roth zu tragen habe, so muß man heute mit Bedauern feststellen, daß sich an den skandalösen Zuständen unter der Ära Verchenfeld nichts geändert hat. Noch immer ist der deutschnationalen Oberstaatsanwalt Kraus aus Augsburg, der übereinstimmend als ein Mensch von nahezu sadistischer Brutalität geschildert wird, Herr über die Festung und damit über das Schicksal von Dutzenden Gefangenen. Im folgenden geben wir zur Bezeichnung dieses Herrn und zur Charakterisierung seiner Schredensherrschaft einige seiner markantesten Äußerungen wieder; wobei bemerkt sei, daß wir in der Lage wären, sie um Dutzende, von durchaus glaubwürdiger Seite uns übermittelte Äußerungen zu vermehren:

Am 10. Juni 1921 sagte Staatsanwalt Kraus zum Festungsgefangenen Olschewski: „Ich bin mit den weitestgehenden Vollmachten ausgerüstet. Ich bin der Festungscommandant, sie der Gefangene. Ich befehle Ihnen. Ich weiß, warum ich hier bin: Ich bin hergekommen, um durchzugreifen, und ich greife durch, wenn es sein muß, mit Waffengewalt.“ — Im Juli fiel dem F.-G. Marböf gegenüber folgende Äußerung: „Ich kann mit den Festungsgefangenen machen,

was ich will? Wollen Sie das etwa bestreiten?“ — Dem F.-G. Wiedemann wurde mit verschärfter Einzelhaft bestraft, weil er beim Betreten des Rapportzimmers nicht die vom zweiten Vorstand gewünschte „schriftsmäßige Stellung“ einnahm. Der F.-G. Nidel desgleichen, weil er keinen „vorschriftsmäßigen Gesichtsausdruck“ trug. Besonders beachtet zu werden verdient folgende Äußerung: „Mit einem Landtagsabgeordneten Sauber werden wir abends fertig werden, wie wir mit Gareis fertig geworden sind.“ (Am 5. 7. 21 zu Sauber.) — Zu dem F.-G. Eule äußerte er: „Wenn Sie sich nicht fügen, werden Sie es noch körperlich zu fühlen bekommen.“ — Der Oberwerkführer Fatsch, der am 6. Juni den F.-G. Bindel niederstieß, daß er blutig zusammenbrach, der am 26. September den F.-G. Toller tödlich angriff, ist noch heute im Amt. Bindel zwang man indirekt zur Unterlassung der Stellung eines Strafantrages, in dem Kraus; baldige Bewährungsfrist in Aussicht stellte, wenn Bindel die Sache ruhen lasse. — F.-G. Kullmann gegenüber fiel die Äußerung: „Wer nicht seine Gesinnung ändert, wird nicht entlassen.“ — Dem F.-G. Marböf erklärte Kraus: „Ich werde in Niederschönenfeld Zustände schaffen, daß Sie mit Sehnsucht an die früheren Zustände zurückdenken werden.“ Ich sperre Ihnen auf Monate Tag und Nacht die Zellen ab mit nur einer Stunde Hofzeit.“ — Dem F.-G. Marböf, der an schweren Magenkrämpfen leidet, wurde ausdrücklich verboten, während der Nacht ein Licht anzuzünden, um bei einem Anfall, die ihm von Arzt verordnete Medizin nehmen zu können. Den F.-G. Egensberger und Seffert wurde die Genehmigung zur Zahnbehandlung nur dann als besondere „Bergünstigung“ in Aussicht gestellt, „wenn sie sich „gut führten“. E. litt an schmerzhafter Kieferverengung, Seffert an den heftigsten Zahnschmerzen. — Dem F.-G. Schiff gegenüber machte Kraus folgende Bemerkung: „Es ist ganz selbstverständlich, daß in allen Fällen die Verwandten vom Strafollzug mehr oder weniger mitbetroffen werden müssen.“ — Dem F.-G. Schiff wurde die Heiratserlaubnis verweigert; gleichzeitig erklärte Kraus, daß er sich selbstverständlich auch an eine höhere Stelle wenden könne, daß er ihm aber jetzt schon auf das bestimmteste versichere, er werde dort dieselbe ablehnende Antwort erhalten. Als sich Schiff in dieser Sache an seinen Vater wandte, und sich nach den rechtlichen Grundlagen für ein solches Verbot erkundigte, wurde er mit Einzelhaft und Hofentzug bestraft.

Wie gesagt, können diese Tatsachen noch mehrfach ergänzt werden. Durch Abblenden, wie es bisher geschah, sind die Dinge nicht aus der Welt zu schaffen, und es ist notwendig, daß endlich einmal von Reichs wegen in die dunklen Vorgänge in Niederschönenfeld hineingeleuchtet wird.

Die unentbehrliche Zivilliste.

Nachdem die ansehenerregenden Forderungen des ehemaligen braunschweigischen Herzogshauses, die sich auf zirka eine halbe Milliarde belaufen und einen großen Teil der Staatsgüter, Forsten, Schlösser, Domänen, Museen usw. umfassen, von der braunschweigischen Landesversammlung glatt abgewiesen sind, hat Ernst August nunmehr den Klageweg beschritten, da angelicht das welfische Fürstenhaus — eines der reichsten der Erde — die Zivilliste „nicht länger entbehren“ kann. Die Klage, die sich vorläufig nur auf einen Bruchteil der geforderten Werte beschränkt, enthält u. a. eine Forderung auf Zahlung von jährlich 350 000 Mark bezw., da diese „infolge der Geldentwertung natürlich längst nicht ausreichen“, 400 000 Mark jährlich. Gleichzeitig sollen diese 400 000 Mark jährlich für die Zeit seit der Revolution mit Zinsen nachgezahlt werden! Alle weitergehenden Ansprüche des Herzogshauses werden in der Klage vorbehalten.

Berliner Brief.

Zwanzig Sittlichkeits-Prozesse in Sicht! — Der Reigen. — Prozeß. — Verbrecherausflüge.

Berlin, 9. November.

In dem immer schwerer werdenden Kampf um unsere Leib- und Seelenseligkeit ist uns ein süßer Trost geblieben: die Bemühungen einer Anzahl unserer Mitbürger um unser seelisches Wohl werden immer lebhafter. Wie ernst es diesen guten Menschen mit dem Plane ist, uns auf den Pfad der Tugend zu leiten, möge die Tatsache erhellen, daß sie selbst die heutigen hohen Versammlungskosten nicht scheuen. Und so waren sie denn gestern zu einer großen Kundgebung zusammengekommen, die sich vor Grauen über den Berliner Sündenpfuhl förmlich krümmte. Nun muß der unbefleckte Chronist offen zugeben, daß bei uns wie anderwärts seit der Mitte des Weltkrieges Verhältnisse eingewirren sind, die in der Tat als unerträglich und bis zu einem gewissen Grade als bedrohlich bezeichnet werden müssen.

Aber um diese Dinge hat sich auch diese Kundgebung der Berliner Sittlichkeitsportler nicht gekümmert. Es war lediglich die „Unstimmigkeit in Wort und Bild“, die es den Leuten angetan hatte und auf die sich ihr Mißfallen beschränkte. Worauf man hinaus wollte, darüber schenkte uns denn auch gleich der erste Redner, Dr. Weber-Born, reinen Wein ein, der Berlin als das „Reichs-Jerusalem“ bezeichnete, zu dem Bebel und Rischke den Grund gelegt hätten. Daß Herr Dr. Weber von „Millionen unantastbarer Menschen in Berlin“ sprach, hielt sich durchaus auf der Höhe der obigen Bemerkungen. Das war schon allerhand Leistung und der nächste Redner, Pfarrer Kocha, hatte das ganz richtige Gefühl, daß er nicht mit Kleinigkeiten kommen könne. Er hat den größten Herd der allgemeinen Verkommenheit entdeckt: es ist Franz Wedekind. Auch der Haupt- und Kardinal-Sünde (wenn man so sagen darf) dieses Sünder ist Pfarrer Kocha auf die Spur gekommen. In seinem „Schloß Wetterstein“ hat Wedekind die geheiligte Person eines Konfessorates in den Schmutz gezogen! Ohne den Gottesmann Kocha in seiner heiligen Ueberzeugung von der Heiligkeit der Konfessoratsämter wankend machen zu wollen, möchte ich für den armen Wedekind doch ein gutes Wort einlegen. Nicht in dem Sinne, daß etwa seine Sittlichkeit allen Ansprüchen aller Konfessoratsämter genügt hätte, — nein, so verwerfen bin ich nicht. Aber daß der gute Hirte Kocha ihn als einen „Sündenbock in die Wüste der Verdammnis jagte, finde ich ungerecht von diesem Gerechten. Vielleicht hat Pfarrer Kocha überhaupt nicht viel Beziehungen zu den Dramatikern auf Erden und im Himmel. Hätte er sie, dann würde Herr Kocha in

der Lage sein, Wedekind an den Maßstab seiner Kollegen zu messen, wobei dieser dann auch in Kochas Augen ganz gut abschneiden würde. Könnte ich Herrn Kocha durch das Medium der Klaffler-Vorstellung eines berühmten Hoftheaters, die mir in allen Einzelheiten im Gedächtnis geblieben ist, beweisen, wie ein gewisser Schiller von einem rohen Soldatenhauken „die geheiligte Person“ eines Kapuziners behandeln läßt oder könnte ich ihm zeigen, wie ein Herr Goethe, der es sogar bis zum Minister und zum „von“ gebracht hat, das Handwerkzeug des Pfarrers Kocha, die Religion, behandelt, er würde die sonst wohl nur zum Segnen bereiten Hände über dem Kopfe zusammenschlagen!

Dann kam Professor Brunner, der heute für Berlin das Maß aller Sittlichkeit ist. Herr Brunner entlastete uns höflich Berliner einigermaßen indem er den wahren Schuldigen an unserer Verkommenheit nach Kam' und Art denunzierte. Der uns auf dem Gewissen (oder sagt man besser Ungewissen?) hat, das ist ein Mächtigerer als der bemitleidenswerte Wedekind, das ist kein Sünder, — nein, es ist der Sündenmeister selbst. Kurz: nach Professor Brunner ist es der Satan selbst, der die Millionen Berliner Sünder in seinen Krallen hält. Der Größe dieser Sündenmacht muß allerdings auch die Intensität ihrer Bekämpfung entsprechen. Und so kündigt Herr Brunner für die nächste Zeit zwanzig Sittlichkeitsprozesse an.

Als ich diese Versammlung verließ, tippte mir jemand auf die Schulter. Es war mein Kollege Ernst Emil Kniffke. Er arbeitet für Witzblätter. Kniffke lud mich zu einem Glase Sekt ein. Er erhofft von den zwanzig Prozessen gewaltige Anregungen. Er ist der Meinung, daß die in seinen Eintommensverhältnissen einen vollkommenen Umschwung herbeiführen müssen, wenn sie auch nur einigermaßen den Anforderungen entsprechen, die man an Sittlichkeitsprozesse stellen darf.

Ein Vorgebiss für das, was uns mit diesen Prozessen bevorsteht, wird uns jetzt schon gegeben. Schnitzlers „Reigen“, eine Reihe loser Szenen, die in ihrer Gesamtheit ein Zeitbild von zwar ungeschminkter und doch von hoher Kunst gebändigter Realität geben, ist das zweite Mal Gegenstand einer Landgerichtshandlung. Zugegeben: das Werk, das den stillen Leser seltsam ergreift, gewinnt durch die Aufführung nicht. Das Werk hat Stellen, deren Delikatesse selbst der gewandteste, taktvollste Darsteller nicht gerecht werden kann und die auf der Bühne naturgemäß vergrößert werden müssen. Aber jeder Mensch von normalem Empfinden wird der Aufführung unter der Leitung von Frau Eschold das Zeugnis ausstellen müssen, daß diese die auf dem Wege vom Bühne zur Bühne sich ergebenden Vergrößerungen auf das geringstmögliche Maß herabgestimmt hat. Dieser Auffassung ist auch die Zivilkammer gemworden, die sich schon einmal mit der

„Reigen“-Aufführung beschäftigt hat. Jetzt ist es eine Strafkammer, die über die sittlichen Qualitäten des „Reigen“ befinden soll.

Und so wurde das Tribunal zur Szene. Auf der Anklagebank imposante Gestalten mit den charakteristischen Komödiantengesichtern. Aus scharfen Augen ließen mehr forschende und erstaunte als schuldbewußte Blicke nach der Straße, die das Gericht trug. Im Raume wimmelte das Volk der Zeugen und Sachverständigen, Bekannte, Bekannte, Bekannte. Uebles Volk. Leute, über die man immer fällt, wenn Mörder und Augenverderber mobill machen. Von den von den Angeklagten vorgeschlagenen Sachverständigen werden die meisten vom Gericht abgelehnt. Unter den Abgelehnten befinden sich Gerhart Hauptmann und Alfred Kerr. Wenn ich auch den fünf Richtern, aus denen sich die Strafkammer zusammensetzt, alle mögliche Vielteiligkeit zutraue, so glaube ich doch, daß neben diesem Vertrauen auch noch die Meinung Platz hat, daß ein Hauptmann einem Landgerichtsdirektor bei dessen Urteilsfindung in einer Kunstangelegenheit manchen Tipp geben könnte. Es ist nicht der geringste Deutsche, der der Meinung war, daß ein Komödiant einen Pfarrer lehren könne. Und so wird es auch uns erlaubt sein, die Meinung auszusprechen, daß ein Komödiantenschreiber in Kunstdingen einen preußischen Landgerichtsdirektor befehlen könne. Am vorigen Sonntag mittag wurde aber die Szene zum Tribunal, in dem alle Prozeßbeteiligten zu einer Reigenaufführung nach dem Theater geladen waren. Statt des Theaterbilletts hielten die Erschienenen ihre Vorladungen in den Händen; der Vorsitzende stand beim Beginn der Vorstellung an einem Regiepußt und eröffnete die „Verhandlung“ mit einem Paradoxon: „Meine Herrschaften! Wir sind hier nicht im Theater!“ Einige der Prozeßbeteiligten sahen sich übertrafft um ein leises Räkern häupte durch den Raum... Am Montag wurde in der Zeugenvernehmung fortgefahren. Einer der Hauptbelastungszeugen, den „Ekel und Widerwille gepackt“ hat, geriet aus dem Konzept, als er gefragt wurde, wie er zu der Karze zu der Vorstellung gekommen sei. Er habe sie von Herrn Professor Brunner bekommen. „Damit Sie das notwendige Vergegnis nehmen sollten?“ fragt der Verteidiger. Der Vorsitzende beantwortet die Frage. Auch das ganze übrige Zeugenmaterial war von ähnlicher, zum Teil gleicher Beschaffenheit.

Soll man sich darüber wundern, daß man nach den Urteilen der Sittlichkeitsapostel den Berlinern jeder Fall zur Last legt, in dem bei märkischen Bauern von unberufenen Händen „Geheungen“ der vorhandenen Papiere und Geldwerte vorgenommen werden? Den Berlinern bleibt nichts anderes übrig, als diesen Generalverdächtigungen gegenüber zu erklären: Berlin ist nicht die einzige Stadt, in der es Spitzhüben gibt!

